

Grenzfriedensbund

Anschrift: Hafendamm 15, 2390 Flensburg Geschäftsführerin: Ingrid Schumann
Sprechzeit: Montag bis Freitag 9.30-12.00 Uhr Fernsprecher (04 61) 2 67 08 Au-
ßerhalb der Geschäftszeit (04 61) 3 52 49

Beitrag: 12 DM für Einzelmitglieder, 25 DM für Verbände, Schulen usw.

Bankkonten: Stadtparkasse Flensburg 2 001 020 (BLZ 215 500 50) Sparkasse NF
Husum 13 862 (BLZ 217 500 00)

Postgiroamt: Hamburg 114 07-206 (BLZ 200 100 20)

WAS DIESES HEFT BRINGT

Seite

Jens Ahlers und Gerhard Kraack

Die Landeszentralbibliothek Schleswig-Holstein
und ihre historischen Buchbestände 3

Uwe Banker Rechtsextremismus -

Herausforderung für Zeitgeschichte 22

Michael-Sören Schuppan

Jens Peter Nydahl 1883 - 1967 33

Gerd Stolz

1943 - Georg Ferdinand Duckwitz
und die Rettung der Juden aus Dänemark41

Olaf Cord Dielewicz Die große

Herausforderung
Vom EG-Binnenmarkt zur Regio Slesvigiensis49

Umschau ab Seite 54

Die Grenzfriedenshefte werden vom Grenzfriedensbund herausgegeben.

Sie erscheinen vierteljährlich.

Der Bezugspreis ist im Mitgliedsbeitrag des Grenzfriedensbundes enthalten.

Einzelheft 6,- DM.

Für die mit Autorennamen versehenen Beiträge zeichnen die Verfasser verantwortlich. Redaktion der Grenzfriedenshefte:

Dr. Jörn-Peter Leppien, Hedwig-Marggraff-Str. 21, 2398 Harrislee Artur Thomsen (verantwortlich), Holstengang 4, 2390 Flensburg Redaktionsanschrift: Hafendamm 15, 2390 Flensburg

Satzerstellung: Satzkontor CICERO GmbH - Am Sophienhof 9, 2390 Flensburg

Druck: Harry Jung — Am Sophienhof 9, 2390 Flensburg

Die Landeszentralbibliothek Schleswig-Holstein und ihre historischen Buchbestände

von JENS AHLERS und GERHARD KRAACK

1. Alte und neue Aufgaben der Landeszentralbibliothek

Als der Landesverband des Deutschen Bibliotheksverbandes (DBV) i.J. 1990 seinen Bibliotheksentwicklungsplan vorlegte, stand den Mitgliedern im Bereich des öffentlichen Büchereiwesens die Gründung eines gemeinsamen Büchereivereins Schleswig-Holstein und die Zusammenführung der beiden Büchereizentralen in Rendsburg und Flensburg zu einer Einrichtung vor Augen. Die zugehörige (Landes-)Zentralbibliothek sei für die Bibliotheken der kreisangehörigen Städte und Gemeinden zu einer Ergänzungsbibliothek mit Medien für den gehobenen und den spezialisierten höheren Bedarf auszubauen. Ihre wichtigsten Funktionen erfülle diese Zentralbibliothek als Leitstelle für den Leihverkehr, für Auskunftsdienste sowie mit der Letztexemplar-Archivierung.

Die Forderungen im Bibliotheksentwicklungsplan decken sich soweit fast vollständig mit dem derzeitigen Aufgabenspektrum der heutigen Landeszentralbibliothek. In Schleswig-Holsteins differenzierter Bibliothekslandschaft nimmt die Landeszentralbibliothek in vielerlei Hinsicht eine besondere Rolle ein. Vordringlich hat sie die Aufgabe, die ihr angeschlossenen über 150 Büchereien in den kreisangehörigen Städten und Gemeinden Schleswig-Holsteins mit der Literatur, die vorort fehlt, zu versorgen. Durch Büchertausch zwischen den Büchereien, aus ihrem eigenen spezialisierten Ergänzungsbestand und durch Fernleihe aus wissenschaftlichen Bibliotheken vermittelt die Landeszentralbibliothek jährlich weit über 80.000 Bände. Schüler, Studenten, Berufstätige und Forschende profitieren gleichermaßen von dem Angebot, in ganz Schleswig-Holstein fast flächendeckend mit Literatur versorgt zu werden.

Zu ihrer Aufgabe als Leitstelle für den Leihverkehr tritt ein umfangreiches Informationsangebot. Über 250 laufend gehaltene Fachzeitschriften, mehrere tausend Nachschlagewerke, Bibliographien und Handbücher stehen für ortsansässige Leser und schriftliche Anfragen zur Verfügung. Durch CD-Rom-Recherchen im Verzeichnis lieferbarer Bücher (VLB) und in der Deutschen Nationalbibliographie, vor allem aber durch eine Informationsvermittlungsstelle für Datenbankrecherchen wurde die Landeszentralbibliothek schon vor Jahren zu einer der modernsten Einrichtungen ihrer Art im Land.

Zu den ungeklärten übergreifenden Zielvorstellungen rechnet der Landesverband dagegen die Aufbewahrung, Pflege und Erschließung der wertvollen historischen Buchbestände in Schleswig-Holstein. Die Deposita in der Landeszentralbibliothek

(30.000 Bände vor 1900) rangieren hier zu Recht neben den Altbeständen der Universitätsbibliothek Kiel (70.000 Bände vor 1850), der Eutiner Landesbibliothek (35.000 Bände vor 1850), der Schleswig-Holsteinischen Landesbibliothek (21.000 Bände vor 1870), der Stadtbibliothek Lübeck (über 100.000 Bände vor 1900) und den Altbeständen aus der ehemaligen Predigerbibliothek Preetz (5.000 Bände vor 1900) und der Butendach-Bibliothek in der Gemeindebibliothek der Reformierten Kirche in Lübeck (3.000 Bände vor 1800).

Der Wert der Sammlungen als Zeugnisse der Kultur Schleswig-Holsteins insbesondere für geisteswissenschaftliche, kulturgeschichtliche und literaturwissenschaftliche Fragestellungen kann nicht genügend hervorgehoben werden. Die vom Landesverband geforderte sichere Aufbewahrung, Pflege und „angemessene“ Erschließung der Bestände wird richtig als unabdingbare Voraussetzung für eine Benutzung am Ort und im wissenschaftlichen Leihverkehr ausgegeben. Gerade dieser nach aller Meinung so wichtige Bereich muß hier ausführlich behandelt werden, denn noch ist man in Flensburg ebenso wie andernorts weit von einer befriedigenden Lösung der „ungeklärten Fragen“ entfernt.

Die Aufgabe, historische Buchbestände zu betreuen, ist der Landeszentralbibliothek zwar erst jüngst zugewachsen, sie geht aber auf ältere gemeinsame Planungen der Landesregierung, des Deutschen Grenzvereins und des Alten Gymnasiums Flensburg zurück. Überquellende Regale und die Angst vor Diebstahl und weiterem Zerfall der Bücher hatten nicht nur Schulbibliothekaren und Direktoren am Alten Gymnasium seit langem Kopfzerbrechen bereitet. Deshalb schloß das Land Schleswig-Holstein als Eigentümer der Sammlung, als die Kommunalisierung der Gymnasien in Schleswig-Holstein anstand, mit dem Deutschen Grenzverein im Dezember 1981 einen Vertrag über die Betreuung der historischen Büchersammlung aus dem Alten Gymnasium.

Mit der treuhänderischen Verwaltung der historischen Buchbestände aus dem Alten Gymnasium Flensburg übernahm der Deutsche Grenzverein die vertragliche Aufgabe, die Bibliothek der mit dem deutsch-dänischen Grenzraum verbundenen Forschung nutzbar zu machen und sie vor allem den Benutzern in Schleswig-Holstein, vorzugsweise denen der Region Flensburg, über seinen Leihverkehr zugänglich zu machen (§ 1,1-2). Die Bibliothek sollte in dem zu errichtenden Neubau der Landeszentralbibliothek untergebracht werden, nach Möglichkeit in besonderen Räumen (§ 1,3) und sicher vor Verlust und Beschädigung (§ 3). Vor der Überführung in den Neubau sollten alle Bücher in einem Bestandsnachweis nachgewiesen werden (§ 2).

Die später im Bibliotheksentwicklungsplan erneut erhobenen Forderungen nach sicherer Unterbringung, Pflege und Erschließung der Bestände tauchen also schon im Vertrag zwischen dem Land und dem Deutschen Grenzverein als Verpflichtungen auf. Besonders deutlich wird im Vertrag aber die enge Verflechtung der

Schulbibliothek mit dem deutsch-dänischen Grenzraum. Bekannt war damals nicht nur der Wert der Sammlung für die Forschung in diesem Raum, sondern auch der Umstand, daß sich am effektivsten am Standort Flensburg über die Schulbibliothek forschen läßt. Zum einen läßt sich ihre Erforschung nur mit den reichhaltigen Unterlagen des Stadtarchivs Flensburg durchführen, und zum anderen bildet die Schulbibliothek mit der Kirchenbibliothek von St. Nikolai und der Flensburger Propstei-Bibliothek, die sich heute ebenfalls in der Landeszentralbibliothek befinden, bestandsgeschichtlich eine Einheit.

Schon i.J. 1860 forderte der Subrektor der Flensburger Gelehrten- und Realschule, Dittmann, in seiner Abhandlung über die Wohltäter der Schule:

„Bei dieser Gelegenheit kann ich nicht unterlassen, den Wunsch auszusprechen, dass alle verschiedenen Büchersammlungen, die sich in unserer Stadt in Kirchen, oder in geselligen Vereinen jetzt an drei oder vier Stellen, vielleicht gar ohne einen Catalog, befinden, zu einer einzigen grossen öffentlichen Stadtbibliothek Flensburgs vereinigt würden, auf dass die besonders aufgestellten Bücher nicht länger einen todten Schatz und ein Zerstörungsfeld für Motten und Würmer bildeten, sondern allgemein durch einen häufigen und vielfältigen Gebrauch nützlich würden und Früchte brächten!“

Der unlösliche Zusammenhang der historischen Buchbestände in St. Nikolai, Propstei und Gymnasium führte schon i.J. 1989, als die Schulbibliothek in die Landeszentralbibliothek übernommen wurde, zu einer Vereinbarung mit dem evangelisch-lutherischen Kirchenkreis Flensburg über die Abgabe seiner historischen Buchbestände. Anfang 1990 gelangten schließlich mit den Altbeständen der Propstei-Bibliothek auch Restbestände aus der Bibliothek des ehemaligen Flensburger Predigervereins in die Landeszentralbibliothek. Weitere Teile dieser Büchersammlung waren der Gymnasialbibliothek bereits i.J. 1927 zugewachsen, als die Predigerbibliothek aufgelöst und nur teilweise in die neugründete Propstei-Bibliothek übernommen worden war. Auf diese Weise konnten die in der Gymnasialbibliothek befindlichen Bestände aus der Predigerbibliothek mit denen aus der Propstei wieder zusammengeführt werden.

Wiederum ein Jahr später konnte auch die überaus wertvolle Kirchenbibliothek von St. Nikolai, von der sich auch Teile seit der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts in der Gymnasialbibliothek befanden, den Altbeständen in der Landeszentralbibliothek hinzugefügt werden. Es darf als ein besonderer Glücksfall angesehen werden, daß die genannten drei zusammengehörigen, aber lange verstreuten Altbestände nun in der Landeszentralbibliothek wieder vereint und gemeinsam benutzbar sind. Unter den Büchern, die erneut zusammengelegt wurden, befinden sich auch die Bände aus der Bibliothek des Flensburger Franziskanermönchs Lütke Namens, des Begründers des Alten Gymnasiums.

Mit der Zusammenlegung der Büchersammlungen des Alten Gymnasiums Flens-

bürg, der Flensburger Nikolaikirche und des Flensburger Kirchenkreises in der Landeszentralbibliothek können diese wertvollen Bestände erstmals einer breiten Nutzung zugeführt werden. Wichtige Rahmenbedingungen für die Nutzung der Bestände durch Wissenschaft und interessierte Laienforscher sind erfüllt.

Durch die gemeinsame Aufstellung in gesonderten, sicheren Magazinen ist der Schutz der Bestände gegen Verlust gewährleistet. Auch dem weiteren Zerfall der Bücher wurde vorgebeugt. In der Landeszentralbibliothek lagern die Bücher aus dem Alten Gymnasium, von St. Nikolai und aus der Propstei unter optimalen raumklimatischen Bedingungen, von Umwelteinflüssen fast hermetisch abgeriegelt. Raumtemperatur und relative Luftfeuchtigkeit werden ständig kontrolliert und reguliert.

Die gründliche Reinigung aller Bücher und intensive Konservierungsarbeiten an allen Pergament- und Ledereinbänden haben der fortgeschrittenen Austrocknung entgegengewirkt. Buchpflege und sachgerechte Aufstellung garantieren vorerst den Erhalt des Bestandes und erfüllen damit die Grundvoraussetzung für eine weitere Nutzung. Der gute Zustand der Bestände erlaubt heute einen fast uneingeschränkten Zugriff auf die Bücher.

Die Landeszentralbibliothek bietet dazu einen großen Lesesaal mit über 50 Arbeitsplätzen und separate Studierzimmer. Benutzung, Ortsleihe und Fernleihe sind nach den üblichen bibliothekarischen Grundsätzen und durch eine Benutzungsordnung geregelt, so daß eine allgemeine, aber sichere Benutzung durch die Öffentlichkeit gewährleistet ist. Insbesondere die Nähe des Flensburger Stadtarchivs erleichtert Forschungsarbeiten. Eng ist auch die Anbindung an die Landesbibliothek und die Universitätsbibliothek in Kiel.

Die Rahmenbedingungen für eine intensive Nutzung der historischen Buchbestände sind demnach gemäß dem Vertrag zwischen Land und Deutschem Grenzverein von 1981 gegeben. Unerfüllt ist bislang allerdings eine wesentliche Grundvoraussetzung für eine breite und effektive Nutzung: die Erschließung der Bestände. Genau genommen ist auch eine fachliche Betreuung der Altbestände zur Zeit überhaupt nicht möglich.

Für die Betreuung und Pflege der historischen Büchersammlungen sind seit der Übernahme der Bestände aus dem Alten Gymnasium Flensburg keine Landesmittel bereitgestellt worden. Es gibt keinerlei Personal- oder Sachmittel für die Altbestände. Um die Bücher zu pflegen, sie für Leser oder den Leihverkehr bereitzustellen, für Führungen, Ausstellungen oder Erschließungsarbeiten muß das Personal der Landeszentralbibliothek seine ohnehin knappen Reserven angreifen. Ohne den engagierten Einsatz einzelner Mitarbeiter der Bibliothek und des Instituts für Regionale Forschung und Information im Deutschen Grenzverein, das zur Mitarbeit bereit ist, würden die Erschließungsarbeiten auch weiterhin auf der Stelle treten.

Für eine allgemeine Nutzung der Bestände bleibt eine Formalerschließung die erste und wichtigste Grundvoraussetzung. Zahlreiche Werke sind nicht im Katalog aufgenommen oder falsch verzeichnet und dadurch nicht auffindbar. Oft fehlen die für Leser so wichtigen Verweisungen. Deshalb muß der gesamte Bestand nach einheitlichen bibliothekarischen Regeln neu katalogisiert werden. Am geeignetsten erscheint für die Altbestände eine Katalogisierung in maschinenlesbarer Form auf einem Personalcomputer. Die drei historischen Sammlungen wären danach vorort am PC für Benutzer leicht recherchierbar. Gleichzeitig ließen sich die neuen Katalogisate in den Norddeutschen Verbundkatalog (NVK) einspeisen und für die Herstellung eines Mikrofiche-Kataloges benutzen, um die Bücher endlich einer breiten Nutzung zuzuführen.

Bisher ist es nur unzureichend gelungen, die Büchersammlungen vom Nimbus unantastbarer Kostbarkeiten zu befreien. Verwaltung, Presse und auch die Öffentlichkeit blicken nur allzu gern auf die wertvollen Teilbestände wie die sensationellen Notenfunde aus dem ehemaligen Besitz von St. Nikolai. Einige Musikwissenschaftler werden sicher noch länger mit der Erforschung dieser Musikalien befaßt sein, das Interesse der Öffentlichkeit ließ sich allerdings nur kurzfristig darauf richten.

Die Bedeutung der historischen Büchersammlungen hat sich in den letzten Jahrhunderten freilich sehr gewandelt. Die etwa 35.000 Bände zählende Schulbibliothek aus dem Alten Gymnasium Flensburg dient heute kaum noch der Unterrichtsvorbereitung durch Lehrer und Schüler, noch wäre sie als Grundstock einer Stadtbücherei geeignet. Ebenso wenig nutzen Pastoren heute die Bibliothek von St. Nikolai zur Predigtvorbereitung. In den Büchersammlungen ist vielmehr ein Teil der Geschichte Flensburgs sowie des neuzeitlichen Bildungs- und Kirchenwesens bewahrt.

Zunächst bergen die Sammlungen als interessanten Forschungsgegenstand die Gelehrtenbibliothek des Flensburger Franziskanermönchs Lütke Namens. Alte Kataloge, Zugangsbücher, Eintragungen in den Büchern und Archivalien ermöglichen es, den Aufbau der Schulbibliothek von ihren Anfängen im frühen 18. Jahrhundert bis in unsere Zeit detailliert zu verfolgen. Die Geschichte von Bestandsaufbau und Nutzung der Bestände ist nicht nur für die Bildungsgeschichte Flensburgs wichtig, sondern beispielhaft für das deutsche voruniversitäre Ausbildungswesen schlechthin. Selten ist die Quellenlage so gut wie bei der Bibliothek des Alten Gymnasiums Flensburg.

Das verfügbare Quellenmaterial ist erstens umfangreich und zweitens durch die Nähe und Geschlossenheit des Buchbestandes effektiv nutzbar. Die Archivalien des Alten Gymnasiums Flensburg stehen unter der Verwaltung des Stadtarchivs, wurden in den letzten Jahren neu geordnet, verzeichnet und in der Schule in gesonderten Räumen aufgestellt. Die speziell die Bibliothek betreffenden Archivalien

lagern indes zusammen mit dem historischen Buchbestand in der Landeszentralbibliothek, insbesondere alte Kataloge, Zugangsbücher, Ausleihjournale und Schriftwechsel, der mit dem Erwerb und der Entleihung von Büchern in Zusammenhang steht.

Der Wert der Büchersammlungen kann zur Zeit noch gar nicht abgeschätzt werden. Allein die St. Nikolai-Bibliothek ist durch die profunde Bestandsbeschreibung von Gerhard Kraack nach wissenschaftlichen Maßstäben erschlossen. Von der Bedeutung der großen Schulbibliothek kann der unten folgende Überblick einen ersten Eindruck vermitteln. Fast gänzlich unerforscht sind noch die Bestände aus der Propstei Flensburg.

Ergiebige rezeptionsgeschichtliche Forschungen werden durch einige weitgehend vollständig erhaltene Sammlungen möglich, so bei der Privatbibliothek von Lütke Namens, der Kirchenbibliothek von St. Nikolai und den Büchern aus dem Besitz von Johannes Möller, um nur einige Beispiele zu nennen.

Ebenso fruchtbar erscheint eine Auswertung von Ausleihjournalen und Zugangsbüchern aus der Zeit der nationalen Auseinandersetzungen im 19. Jahrhundert. Rekonstruierbar ist zum einen die Liste der etwa 8.000 Bände, die unter dänischer Herrschaft gezielt der Bibliothek hinzugefügt wurden. Neben den Druckkatalogen existieren detaillierte Zugangsverzeichnisse in den Schulprogrammen zumeist mit Angabe der Provenienz. Zum anderen läßt sich auf demselben Weg erhellen, wie unter preußischer Aufsicht die Umformung in eine „Deutsche Bibliothek“ betrieben wurde. Von Bedeutung ist sicher ebenso die Sammlung von Jugendliteratur aus der Zeit vor und aus dem Zweiten Weltkrieg.

Unerschöpflich ist der Wert einzelner Teilbestände. Hervorgehoben werden muß insbesondere die landeskundliche und nordische Literatur, durch die die großen Bestände in der Landesbibliothek und in der Universitätsbibliothek Kiel nicht nur entlastet, sondern auch ansehnlich ergänzt werden können. Leider sind zahlreiche Bände noch nicht einmal katalogisiert, viele Flugschriften und Pamphlete aus der Mitte des 19. Jahrhunderts noch unerschlossen und mehrere beigebundene Stücke überhaupt nicht verzeichnet. Noch mögen einige wichtige Entdeckungen folgen. Es ist angesichts der herausragenden Bedeutung dieser Büchersammlungen sehr bedauerlich, daß eine breite Nutzung der historischen Bestände dennoch vorerst behindert bleibt, obwohl alle Rahmenbedingungen für weitere Erschließungs- und Forschungsarbeiten gegeben sind.

Das Gebot der Stunde lautet, die alten Flensburger Büchersammlungen zusammenzuhalten, um sie der mit dem deutsch-dänischen Grenzraum verbundenen Forschung geschlossen nutzbar zu machen und sie allen interessierten Benutzern in Schleswig-Holstein, vorzugsweise denen der Region Flensburg, über den Leihverkehr zugänglich zu machen.

1

2. Die historischen Buchbestände in der Landeszentralbibliothek

2.1 Die Bibliothek des Flensburger Alten Gymnasiums Zur Geschichte der Büchersammlung

Als Gründungsjahr der Bibliothek des Flensburger Alten Gymnasiums wird allgemein das Jahr 1711 angesehen. Aber in der im Jahre 1566 durch den Flensburger Franziskanermönch Lütke Namens (1498-1574) begründeten Lateinschule hatte sich bereits vor 1711 eine Büchersammlung befunden, die der Begründer der Schule aufgebaut hatte und die im 19. Jahrhundert vorübergehend wieder in die Schule zurückgelangte und von der sich Teile seitdem in der Schulbibliothek befinden.

Lütke Namens, ein Sohn des reichen Flensburger Kaufmanns und Ratsverwandten Namen Jansen (fl1549), hatte bereits in den zwanziger Jahren des 16. Jahrhunderts als Student an der Sorbonne in Paris erste Bücher erworben. Nach seiner Rückkehr nach Flensburg erhielt der Mönch in den Wirren der Reformationszeit von seinem Orden den Auftrag, die noch vorhandenen Bücher aus den aufgelösten Franziskanerklöstern der Ordensprovinz Dacia in Sicherheit zu bringen; diesen Auftrag verfolgte er nach seiner Vertreibung aus den Ländern des dänischen Königs, der als Herzog von Schleswig und Holstein Flensburgs Landesherr war, von seinem „Exil“ in Schwerin aus weiter. Als Lütke Namens, der seinem Orden treu blieb und zeitlebens ein entschiedener Gegner der lutherischen Lehre war, aufgrund besonderer königlicher Erlaubnis 1545 in seine Heimatstadt zurückkehren durfte, erwarb er weitere Bücher, die für seine Schulstiftung bestimmt waren. Viele dieser Bücher - erhalten sind mehr als 100 Drucke und drei Handschriftenbände, darunter ein Codex mit Lütke Namens' eigenen Werken - enthalten Schriften, die sich scharf gegen Luther und die Reformation wenden. Die von Lütke Namens mit dem Vermögen seiner Eltern gestiftete Schule, die der Rekatolisierung Flensburgs dienen sollte, entwickelte sich schon bald zu einer lutherischen Lateinschule, und in einer solchen Schule war kein Platz mehr für eine katholische Büchersammlung. Ende 1588 wurden die Bücher entgegen Lütke Namens' testamentarischen Bestimmungen von der Lateinschule in die Flensburger Nikolaikirche gebracht und in die dortige Kirchenbibliothek eingeordnet. Danach gab es länger als ein Jahrhundert keine Büchersammlung mehr in der Schule.

Erst im Jahre 1711 begründete der gebürtige Flensburger Johannes Möller (1661-1725), seit 1685 im Dienst der Flensburger Lateinschule, von 1701 bis zu seinem Tod ihr Rektor, die heutige Schulbibliothek „in supremi numinis gloriam, urbis patriae honorem ac iuventutis scolasticae usum“ (zum Ruhme Gottes, zur Ehre der Heimatstadt und zum Nutzen der Schuljugend), wie es in Möllers eigenhändigem, in der Bibliothek überliefertem „Catalogus Bibliothecae Scholae Flensburgensis“

lautet. In diesem Katalog wies Möller darauf hin, daß sich zu Beginn des Jahres 1711 nur vier Bücher in der Schule befunden hätten: eine Luther-Bibel, ein griechisches und ein lateinisches Wörterbuch und viertens ein Band, in dem die „Administratio Scholae Flensburgensis“, die im Jahre 1589 in Wittenberg erschienene Ordnung der Flensburger Lateinschule, angebunden war. Johannes Möller, der Verfasser des erst nach seinem Tod von seinem Sohn herausgegebenen bedeutenden bibliographischen Sammelwerks „Cimbria literata“ (3 Bände, Kopenhagen 1744), konnte schon in kurzer Zeit durch Geschenke und Ankäufe eine ansehnliche Büchersammlung zusammenbringen. In seinem handschriftlichen Katalog sind die Stifter von Büchern genauso genannt wie die Geldbeträge, die für den Ankauf von Büchern verwendet wurden. Als Stifter zeichnete sich Möller selbst mit ca. 120 Bänden besonders aus; Bücher stellten aber auch seine Lehrerkollegen, Flensburger Pastoren, Bürgermeister und Ratsverwandte, viele Schüler und andere zur Verfügung. Im Jahre 1711 nahm der Rektor bereits 111 Bände als Geschenk entgegen und erwarb käuflich ein neues lateinisches Wörterbuch und Morhofs „Polyhistor“ (Lübeck 1702); 1712 folgten 162 Bände, davon 119 als Geschenk. Im Jahre 1725 verfügte die Schulbibliothek, deren Errichtung Möller in seinem „kurtzen und eifertigen Entwurf der Historie der Flensburgerischen publicquen Stadt-Schule“ (1717) als seine bedeutendste Leistung als Rektor ansah, über beinahe 1300 Bände, von denen etwas mehr als 800 gekauft waren.

Möllers „Catalogus“ enthält außer dem Zugangsverzeichnis einen bibliographisch genau geführten, nach Buchformaten geordneten systematischen Teil auf 317 Seiten, der so angelegt war, daß er auch nach Möllers Tod weitergeführt werden konnte. Die Einteilung der Sachbereiche folgte damaligen Universitätsmaßstäben, mit Theologie, Jurisprudenz und Medizin an der Spitze. Von ihren Anfängen an befanden sich in der Schulbibliothek besonders viele theologische und historische Werke, hinzu kam ein großer Bestand an Schriften zur griechischen und römischen Antike.

In den ersten Jahrzehnten nach Johannes Möllers Tod konnte die Schulbibliothek keinen größeren Zuwachs verzeichnen, was nach der Kennzeichnung im 7. Band von Erik Pontoppidans topographischem Sammelwerk „Den Danske Atlas“ (1781) wünschenswert gewesen wäre, da die Stadt Flensburg über keine sonstige Bibliothek verfügte. Von Johannes Möllers Sohn Olaus Henrich Möller (1715-1796), zunächst Professor an der Universität Kopenhagen, danach von 1749 bis 1795 Rektor der Flensburger Lateinschule, wurden alle damaligen Bücher der Schulbibliothek 1750 mit dem handschriftlichen Eintrag „Bibliothecae Scholae Flensburgensis“ versehen. Die Büchersammlung, die zunächst in der Wohnung des Rektors im alten Schulgebäude am Klostergang zwischen Südermarkt und Kloster aufgestellt war, wurde unter Olaus Henrich Möller in den Schulsaal gebracht. Nach den baulichen Veränderungen um 1800 wurde dann für die Bibliothek ein besonderer

Raum über dem Rektorat hergerichtet. Dort wurde sie von Rektor Bernhard Ludwig Königsmann in einer neuen, der Schulpraxis stärker angepaßten Ordnung aufgestellt. Königsmann, der sich in den gedruckten Schulprogrammen von 1815 und 1817 eingehend mit dem „gegenwärtigen Büchervorrathe der Flensburgischen Stadtschule“ befaßte, bedauerte damals sehr, daß die Sammlung für schulische Zwecke nur zum Teil verwendet werden konnte. Unter den verschiedenen Fächern des Büchervorrats sei das humanistische zwar am stärksten vertreten, aber die Zahl der alten Klassiker - und darauf kam es Königsmann besonders an - sei nicht so bedeutend, wie man es eigentlich hätte erwarten können.

Am Schluß des Schulprogramms von 1817 wies Königsmann darauf hin, daß schon bald durch die Übernahme der oben genannten Flensburger Kirchenbibliothek von St. Nikolai mit einer bedeutsamen Erweiterung der Schulbibliothek zu rechnen sei. Diese Bibliothek, die seit 1588 auch die Büchersammlung von Lütke Namens enthielt, war im Jahre 1580 begründet worden und hatte bereits im ausgehenden 16. Jahrhundert einen bedeutenden Buchbestand erhalten und sich in den folgenden Jahrhunderten kaum mehr verändert. Die 441 Drucke dieser Bibliothek, dazu drei Handschriftenbände und eine interessante Musikaliensammlung aus der Zeit um 1600, wurden kurz nach 1817 in die Schulbibliothek eingeordnet und mit dem handschriftlichen Eintrag „Flensburger Schul-Bibliothek“ versehen, obwohl die Verfügungsgewalt über die Bücher bei der Kirche blieb. Nachdem die Mitglieder des 1828 gegründeten literarischen Vereins der Prediger der Propstei Flensburg bereits die Erlaubnis erhalten hatten, die St.-Nikolai-Bibliothek in der Schule benutzen zu dürfen, wurde diese 1834 wieder in die Kirche an ihren ursprünglichen Standort zurückgebracht. Da man in der Schule 1834 keinen Katalog der St.-Nikolai-Bibliothek hatte, war man nicht in der Lage, Kirchen- und Schulbibliothek sauber zu trennen. So ist zu erklären, daß 57 Bände der St.-Nikolai-Bibliothek, darunter 9 Inkunabeln, d.h. Drucke aus dem 15. Jahrhundert, Plantins Antwerpener Polyglottenbibel und die Handschriftenbände, sowie die alte Musikaliensammlung in der Schulbibliothek zurückblieben, dafür aber 42 Bände der Schulbibliothek, darunter eine Inkunabel, in die Nikolaikirche gelangten.

Über die Entwicklung der Schulbibliothek lassen sich seit 1827 aus den gedruckten Schulprogrammen genauere Angaben gewinnen. Rektor Friedrich Carl Wolff, der stark vom Neuhumanismus geprägt war, wies 1827 im Programm daraufhin, daß „uns ... noch immer die meisten der besten Ausgaben von den alten Classikern (mangeln)“. Ein Jahr später erreichte Wolff für seine Bibliothek zum ersten Mal einen festen Geldbetrag für die Anschaffung von neuen Büchern, denn seitdem floß aus den Stiftungsmitteln von Gotthard und Anna Hansens Testament alljährlich ein Betrag in Höhe von 80 Reichsthalern, der später beträchtlich erhöht wurde. Bereits 1829 konnte Rektor Wolff voll Stolz erklären, daß „wir ... bald alle klassischen Werke des Alterthums nach ihren besten Ausgaben besitzen (werden). Im

nächsten Jahr werden wir nun dafür sorgen, daß auch die klassischen Werke der Deutschen unserer Bibliothek nicht mehr mangeln“. 1831 konnten außerdem Geschichtswerke und Landkarten erworben werden, und „durch königliche Gnade“ erhielt die Schulbibliothek eine erste Sammlung klassischer dänischer Schriften.

Im Jahre 1835 wurde ein erster gedruckter systematischer Katalog herausgegeben. Danach bestand die Bibliothek aus ca. 3000 Drucken, von denen über 1600 der klassischen Philologie zugeordnet waren. Es folgten mit über 400 Titeln Geschichte und mit nicht ganz 300 Titeln Theologie und neuere Sprachen, wozu auch deutsche Sprache und Literatur gezählt wurden. Ungefähr 130 Titel gehörten zu dem Bereich Naturgeschichte, Medizin und Mathematik, halb so viele zu den Bereichen Geographie und enzyklopädische Nachschlagewerke und schließlich ungefähr 50 Titel zu den Bereichen Philosophie und Recht. Am Schluß des Katalogs war die Musikaliensammlung verzeichnet, die aus 13 Bänden bestand. Die Schulbibliothek verfügte 1835 über 11 Inkunabeln, über ca. 400 Drucke des

15. und ca. 750 Drucke des 17. Jahrhunderts. Der Anteil älterer Drucke aus der Zeit vor 1700 war in den Bereichen Recht, Theologie, Medizin und Philosophie besonders hoch; viele ältere Drucke fanden sich ebenfalls in den Bereichen klassische Philologie und Geschichte, während deren Anteil in den Bereichen Geographie und neuere Sprachen sehr gering war.

In den folgenden Jahren wuchs die Bibliothek kontinuierlich weiter, vor allem im Fachbereich klassische Philologie, und bereits 1845 erschien der gedruckte systematische Katalog in erweiterter neuer Auflage.

Nach dem Scheitern der schleswig-holsteinischen Erhebung konnte die Schulbibliothek in der Zeit der dänischen Herrschaft von 1850 bis 1864 einen großen Aufschwung verzeichnen. Dieser Aufschwung verlief aber in einer bestimmten Zielrichtung, denn unter dem aus Dänemark stammenden Rektor Rasmus Johannes Simesen wurden mit königlicher Unterstützung - König Friedrich VII. stellte schon 1851 1000 Reichsthaler und in den Jahren von 1853 bis 1855 je 500 Reichsthaler zur Verfügung - und mit Unterstützung des Ministeriums des Herzogtums Schleswig insbesondere dänische Werke für die Büchersammlung angeschafft, womit die bisherige Struktur der Sammlung verändert wurde. Auch durch die Bücher der Schulbibliothek sollte die Stadt Flensburg, in der seit einigen Jahrhunderten deutsche Kultur und deutsches Geistesleben vorgeherrscht hatten, nun in dänischem Licht erscheinen. Neben Werken „zur vaterländischen Geschichte“ und zur Literatur des Nordens bemühte man sich in der Zeit nach 1850 in der Bibliothek aber auch verstärkt um den Ausbau des Fachbereichs Naturwissenschaften. Bereits 1853 erschien eine erste Fortsetzung zum Katalog von 1845, weitere Fortsetzungen folgten 1857 und 1859. Im Jahre 1857 bestand die Schulbibliothek aus 6750, zwei Jahre später bereits aus reichlich 8000 Bänden.

Als Ende der fünfziger Jahre neben dem Altbau ein neues Schulgebäude errichtet

wurde, übernahm die Flensburger Schulbibliothek den östlichen Flügel des alten Schulgebäudes am Klostergang. Dort wurde ein Lesesaal eingerichtet, in dem lexikalische und besonders kostbare Werke von interessierten Bewohnern der Stadt Flensburg und ihrer Umgebung eingesehen werden konnten. Die Bibliothek sollte nun nicht mehr nur Schulzwecken dienen, sondern eine öffentliche Bibliothek sein, und dafür wurde sie an zwei Tagen in der Woche für das interessierte Publikum geöffnet. Der veränderten Aufgabenstellung entsprach auch die besondere Förderung, die der Bibliothek in dieser Zeit zuteilwurde, denn 1860 wurde ihr aus der königlichen Kasse ein außerordentlicher Zuschuß in Höhe von 5000 Reichsthälern zur Verfügung gestellt. Mit diesen Mitteln konnten viele neue Werke erworben werden. Dazu gesellten sich viele Schenkungen, u.a. von einem ungenannten Schweden, der der Schule 133, zum Teil sehr wertvolle Bände zur schwedischen Geschichte und Literatur überließ. Im Jahre 1863 erschien ein umfangreiches Verzeichnis, das die seit 1859 in die Bibliothek eingeordneten über 1800 Bücher zur Geschichte des Nordens und zur dänischen, norwegischen und schwedischen Literatur auführte. Nach Traps historisch-topographischer Beschreibung des Herzogtums Schleswig umfaßte die Schulbibliothek 1864 ca. 16.000 Bände. Als der dänische Gesamtstaat 1864 zusammenbrach und Schleswig-Holstein schließlich eine preußische Provinz wurde, änderte sich wiederum die Zusammensetzung der Schulbibliothek. Der 1864 wieder eingesetzte Rektor Friedrich Lübker (1811-1867), Verfasser des „Reallexikons des classischen Alterthums“ und anderer bedeutender Werke, der während der schleswig-holsteinischen Erhebung seines Flensburger Rektorenamtes enthoben worden war, kennzeichnete die Lage der Schulbibliothek im Schulprogramm 1865 folgendermaßen: „Die Bibliothek der Gelehrtenschule, die seit einer Reihe von Jahren zugleich als öffentliche Bibliothek benutzt worden ist, hat leider während derselben Zeit das Element deutscher Bildung und Wissenschaft in dem Maße entbehren müssen, daß ohne besondere Hülfe ein auch nur einigermaßen genügender Ersatz nicht möglich gewesen wäre. Ein zu diesem Zweck von Freunden der Wissenschaft und der Anstalt erlassener Aufruf hat einen glänzenden Erfolg gehabt. Verleger und Schriftsteller, Vereine und Einzelne haben in der Liberalität der Anerbietungen und dem Reichtum der Gaben ge wetteifert“. Innerhalb eines Jahres wurden der Bibliothek aus ganz Deutschland 2800 Bände geschenkt, außerdem wurden 700 käuflich erworben.

In den folgenden Jahrzehnten konnten durch Geschenke und Käufe viele andere, zum Teil sehr wertvolle Bände in die Bibliothek eingeordnet werden. Genannt seien die Bücher aus Lübkers Nachlaß, die mit Unterstützung des preußischen Kultusministers erworben wurden, und die Bücher „auf dem Gebiete der deutschen Nationalliteratur, der allgemeinen deutschen und der schleswig-holsteinischen Spezialgeschichte“, die seit 1888 durch eine besondere Friedrich-Stiftung in die Sammlung gelangten. Aus vielen Flensburger Privatbibliotheken kamen im ausgehenden 19.

und beginnenden 20. Jahrhundert weitere interessante Bücher in die Schulbibliothek, so eine umfangreiche Geographica-Sammlung zu Beginn der neunziger Jahre des 19. Jahrhunderts aus dem Hause des Ziegeleibesitzers Hans Jordt und in den zwanziger Jahren unseres Jahrhunderts Teile der Bibliothek des ehemaligen Schulleiters Dr. Hans Petersen. Die Bibliothek des Flensburger Gymnasiums, die nach 1864 eine öffentliche Bibliothek blieb, verfügte 1869 über ca. 25.000, 30 Jahre später bereits über ca. 40.000 Bände und war damit eine der größten deutschen Schulbibliotheken.

Dieser Buchbestand fand nach dem Ersten Weltkrieg im neuen Schulgebäude an der Selckstraße in eigens dafür eingerichteten Räumlichkeiten seinen neuen Standort. Dort wurden die Bücher in mehrjähriger Arbeit in den zwanziger Jahren in eine neue Systematik gebracht, die der Schulwirklichkeit besser entsprach. Nach dieser Systematik wurden gewisse Altbestände, die als besonders wertvoll galten, bereits gesondert aufgestellt. Für die Schulbibliothek, die dem wissenschaftlichen auswärtigen Leihverkehr angeschlossen war, wurde in Verbindung mit der Umsystematisierung auch der noch heute benutzte alphabetische und systematische Zettelkatalog angelegt. Während der Arbeit am neuen Katalog gelangten 1927 mehr als 200 Bände der Flensburger Predigerbibliothek, darunter Teile der Louisenlunder Carls-Bibliothek, in die Schule. Die Predigerbibliothek, die im November 1828 von dem literarischen Verein der Prediger der Propstei Flensburg begründet worden war, umfaßte vor allem theologische Schriften des 18. und 19. Jahrhunderts. Teile der Schulbibliothek wurden in den folgenden Jahrzehnten - der Zweite Weltkrieg verursachte keine Schäden - wiederholt in Ausstellungen, vor allem im Städtischen Museum Flensburg, gezeigt, so u.a. beim Schuljubiläum 1966 und in Verbindung mit dem Stadtjubiläum von 1984. Damit die Bibliothek des Alten Gymnasiums besser von der Forschung genutzt werden kann, befinden sich ihre historischen Bestände seit 1989 im Neubau der Landeszentralbibliothek in Flensburg als Dauerleihgabe.

Da die genaue Erfassung des historischen Bestandes der Bibliothek des Alten Gymnasiums, der in den Magazinen der Landeszentralbibliothek ungefähr 35.000 Bände umfaßt, noch nicht abgeschlossen ist, lassen sich im folgenden nur Annäherungswerte zu diesem Buchbestand angeben. Der größte Teil der Bücher stammt aus dem 18. und 19. Jahrhundert, aus dem 17. Jahrhundert sind wahrscheinlich mehr als 2000 und aus dem 16. Jahrhundert nahezu 1000 Drucke vorhanden. Lediglich die Anzahl der Inkunabeln läßt sich zur Zeit genau bestimmen. Unter den 12 Wiegendruckten befindet sich eine Ausgabe des „Graecismus“ von Eberhard von Bethune in einem Lyoner Druck von ca. 1490, der bisher lediglich in einer französischen Bibliothek nachgewiesen werden konnte. Auch aus dem 16. und dem 17. Jahrhundert liegen in der Schulbibliothek einige sehr seltene Drucke vor.

Ein Großteil der Drucke des 15., 16. und auch noch des beginnenden 17. Jahrhunderts ist in lateinischer Sprache abgefaßt. In der umfangreichen Sammlung zur Geschichte, Landeskunde und Literatur der nordischen Länder liegen viele Veröffentlichungen in den skandinavischen Sprachen vor. Veröffentlichungen auf Englisch und in den romanischen Sprachen betreffen nicht nur die jeweiligen Literaturen, sondern auch andere Bereiche, so sind zum Beispiel Geschichtswerke und Reisebeschreibungen in diesen Sprachen anzutreffen. In den Bereichen klassische Philologie und Theologie findet man außerdem viele Veröffentlichungen auf Griechisch, und schließlich sollen einige hebräische Drucke nicht unerwähnt bleiben.

Die Schulbibliothek ist nach einer Systematik aufgestellt, die in den zwanziger Jahren unseres Jahrhunderts entworfen und anschließend weiter entwickelt wurde. Kennzeichnend für diese Systematik ist eine Abfolge großer und kleiner (zum Teil auch griechischer) Buchstaben sowie arabischer und römischer Zahlen. Größere Abteilungen sind stärker untergliedert; ältere (wertvolle) Drucke sind oft in einer w-Gruppe, die Zeitschriften jeweils in einer z-Gruppe zusammengefaßt. Nicht in die Systematik eingefügt sind einige von den Bänden der Flensburger Predigerbibliothek (PB), die 1927 in die Schulbibliothek übergangen.

Besonders stark differenziert ist die stärkste Gruppe der mit „G“ gekennzeichneten geschichtlichen Werke. Im Bereich der allgemeinen Geschichte ist eine große Gruppe älterer Drucke bis 1750 anzutreffen. Seltene Drucke finden sich insbesondere auch in den großen Gruppen deutsche Geschichte und Geschichte Schleswig-Holsteins (und Flensburgs), in letzterer Gruppe bemerkenswert vor allem Werke aus der großen Zeit der Gottorfer Kultur (Adam Oleanus) und viele kleinere Schriften zur gottorfschen Frage im 17. und zur schleswig-holsteinischen Frage im 19. Jahrhundert. Wichtig ist die Flensburger Büchersammlung vor allem dadurch, daß sich in ihr ein außerordentlich reicher Bestand an Werken zur Geschichte und Landeskunde Dänemarks und der anderen skandinavischen Länder findet.

Über den zweitgrößten Bestand verfügt der mit „A“ gekennzeichnete Fachbereich der klassischen Philologie mit mehr als 5000 Bänden, unterteilt in eine griechische und eine lateinische Abteilung. Reichhaltig ist der Bestand an Nachschlagewerken und an Werken zu Sprache, Literatur und Altertumskunde. Besonders stark sind die Schriftsteller der Antike selbst in unterschiedlichen, zum Teil kommentierten Ausgaben vertreten, zu einem nicht unerheblichen Teil in Ausgaben des 16. und 17. Jahrhunderts.

Die drittstärkste Gruppe der Flensburger Schulbibliothek bilden die mit „T“ gekennzeichneten theologischen Werke, in deren Abteilung der alten Drucke (Ta) sich mehrere Inkunabeln und Drucke aus dem 16. und 17. Jahrhundert befinden. Im Bereich Theologie bilden Werke zur Kirchengeschichte Schleswig-Holsteins und des Nordens eine besondere Abteilung (Tk). Die zum Teil sehr seltenen Drucke in

den beiden kleineren Bereichen Medizin (L) und Juristerei (R) sind überwiegend schon in Johannes Möllers Rektoratszeit in die Schulbibliothek gelangt. Mit beinahe 3000 Bänden stehen die mit „F“ gekennzeichneten Werke zu den fremden Sprachen an vierter Stelle, darunter besonders viele Ausgaben dänischer und anderer skandinavischer Schriftsteller und Werke zur dänischen Literatur und Sprache. In diesen Gruppen finden sich auch umfangreiche Sammlungen zur englischen und französischen Literatur und Sprache. Dort liegen weiterhin einige interessante Ausgaben italienischer und spanischer Schriftsteller vor. Die Abteilung Sprachen wird vervollständigt durch die fünftstärkste Gruppe der mit „D“ gekennzeichneten Werke zur deutschen Literatur mit zahlreichen Ausgaben deutscher Klassiker.

In dem reichhaltigen Fachbereich Naturwissenschaften (N) sind viele ältere Nachschlage- und Bildwerke anzutreffen, darunter viele Bände der berühmten „Flora Danica“ aus dem 18. Jahrhundert. Ähnlich interessant ist der Fachbereich Erdkunde (E) wegen der reichhaltigen historischen Karten- und Atlas-Sammlung und vieler älterer Reisebeschreibungen. Auch in der kleineren Gruppe Mathematik (O) finden sich manche seltene Drucke.

Von beachtlichem Umfang sind die beiden ungefähr gleichstarken Abteilungen Pädagogik (P) und Philosophie (H). Insbesondere in letzterer Abteilung finden sich manche erlesene ältere Drucke. Einige Kostbarkeiten birgt ebenfalls die kleine Gruppe Kunst (K), zu der die Musikaliensammlung gehört. Weiterhin verfügt die Schulbibliothek über eine reichhaltige Sammlung biographischer Sammelwerke (Ba), über eine besondere Zeitschriftenabteilung (Z), in der diejenigen Zeitschriften zusammengefaßt sind, die sich keinem besonderen Fachbereich zuordnen ließen, und über die interessanten Gruppen Bibliothekswesen (U) und

Varia (V), in denen u.a. Bibliothekskataloge und Lexika gesammelt sind. Außerhalb der Systematik sind schließlich Schulprogramme und andere Schulschriften des Alten Gymnasiums und anderer Gymnasien aus dem deutschen Sprachraum anzutreffen.

2.2 Die Flensburger Propstei-Bibliothek

Im Jahre 1990 konnte die Flensburger Propstei-Bibliothek, die jahrzehntelang im Gebäude der Propstei („Spanuth-Haus“) an der Mühlenstraße in Flensburg aufgestellt war, mit ihren ca. 2000 Bänden von der Landeszentralbibliothek als Dauerleihgabe übernommen werden. Diese Bibliothek, die vor allem theologische Schriften umfaßt, ist zwar erst im Jahre 1927 begründet worden, ihre älteren Bestände gehen aber auf eine Büchersammlung zurück, die bereits in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts in Flensburg entstanden war, und in dieser Büchersammlung befanden sich auch Drucke von der Mitte des 16. Jahrhunderts an.

Am 3. November 1828 gründeten 27 Geistliche im oberen Saal der „Harmonie“ an

der Norderstraße einen besonderen „literarischen Verein der Prediger der Propstei Flensburg“, der sich nach seinen Statuten insbesondere zum Ziel setzte die „Herbeischaffung derjenigen literarischen Hilfsmittel, welche für die wissenschaftliche Fortbildung des Predigers nothwendig und unentbehrlich sind“, um dadurch vor Einseitigkeit zu bewahren, „durch gegenseitige Mittheilung Ideen auszutauschen, zu berichtigen und zu erweitern und den Gemeingeist im Wirken für den Beruf des Geistlichen zu beleben“. Zur Erreichung dieses Zieles wurde die „Flensburger Predigerbibliothek“ begründet, die durch Beiträge der Vereinsmitglieder und durch Geschenke schnell einen beachtlichen Bestand an theologischen Schriften vor allem aus dem 19., aber auch aus dem 18. Jahrhundert erlangte. Der Verein, der seine Bücher bei der Marienkirche in Flensburg unterbrachte, bezog mehrere Zeitschriften, die nach einem bestimmten Schlüssel bei den Mitgliedern zirkulierten.

Aus dem „Statutenbuch und Deliberations-Protocoll“ läßt sich die Bedeutung des Vereins für das geistige Leben in Flensburg und Umgebung erkennen. Man erkennt daraus aber auch, daß sich der Verein seit Ende der dreißiger Jahre verstärkt mit der schleswig-holsteinischen Frage befaßte, was schließlich zum Ende der Vereinstätigkeit in der Zeit der dänischen Herrschaft nach 1850 führte. Erwähnt sei hier lediglich, daß der Flensburger Propst Georg Jacobsen, Pastor von Grundhof, 1838 auf der Jahresversammlung den Knüttelreim „Gott wolle uns behüten, daß wir nicht werden Jüten“ geprägt haben soll, der damals viel Aufsehen hervorrief und im Abstimmungskampf 1920 wieder benutzt wurde.

Im Jahre 1843 gab der Verein in einem Druck, in dem auch die Statuten enthalten waren, ein „Verzeichniß der zur Flensburger Predigerbibliothek gehörenden Bücher“ heraus. Danach umfaßte die Sammlung ungefähr 800 Bücher und mehr als 100 Flugschriften, letztere vor allem zu Claus Harms und zum Harmsschen Thesenstreit. Am Schluß des Verzeichnisses waren gesondert aufgeführt die in einem Extra-Schrank aufbewahrten beinahe 200 Bände der sogenannten „Carls-Bibliothek“, die aus der reichhaltigen Büchersammlung des schleswig-holsteinischen Statthalters, des Landgrafen Carl von Hessen (1744-1836), stammten und zum Teil mit seinem Wappen verziert waren. Diese Bände waren der Predigerbibliothek 1843 von Carl, Herzog von Schleswig-Holstein-Sonderburg-Glücksburg, geschenkt worden.

Die Versuche, den Verein, in dessen Bibliothek bis 1853 noch weitere 200 Bände gelangt waren, nach 1864 wiederzubeleben, waren nicht sehr erfolgreich. Erst zu Beginn unseres Jahrhunderts griff man auf die alten Traditionen zurück und konnte bis in die zwanziger Jahre hinein der Predigerbibliothek viele neue theologische Schriften zuführen. Nach der damals entworfenen neuen Systematik war der Bereich Theologie, an den sich die beiden kleineren Gruppen Philosophie und Verschiedenes (u.a. Pädagogik) anschlossen, in sechs größere Abteilungen gegliedert: I. Historische Theologie, darunter die deutschsprachige achtbändige Jenenser

Luther-Gesamtausgabe aus dem 16. Jahrhundert, II. Exegetische Theologie, III. Systematische Theologie, IV. Praktische Theologie, V. Theologische Hilfswissenschaft, darunter eine interessante Bibelsammlung, und VI. Zeitschriften. Als die Predigerbibliothek dann 1927 aufgelöst wurde - über 200 Bände gelangten damals in die Gymnasialbibliothek, andere wurden von einzelnen Pastoren übernommen -, bildeten die übrig gebliebenen Bände den Grundstock der neugegründeten Flensburger Propstei-Bibliothek, für die noch im Jahre 1927 ein Druckkatalog auf der Grundlage der übernommenen Systematik herausgegeben wurde.

2.3 Die Flensburger St.-Nikolai-Bibliothek

Im Jahre 1991 wurden aus dem Städtischen Museum die der Flensburger Nikolaikirche gehörigen 323 Bände der sogenannten „St.-Nikolai-Bibliothek“ als Dauerleihgabe in die Landeszentralbibliothek übernommen. Über die Geschichte dieser bedeutenden alten Kirchenbibliothek aus dem Jahrhundert der Reformation, die sich seit 1908 im Flensburger Museum befand, sind wir durch handschriftliche Kataloge von 1580, 1635, 1681, 1729 und 1825 und andere Archivunterlagen besonders gut informiert; darüber haben Gerhard Kraack und Nis Lorenzen 1984 eine eingehende Untersuchung vorgelegt.

Die Kirchenbibliothek, die im Jahre 1580 durch Pastor Sebastian Schröder (1541-1593) begründet wurde und seit ihrer Gründung Jahrhunderte hindurch in dem noch heute an seinem ursprünglichen Standort im Archiv-Raum über der südlichen Eingangshalle in der Kirche stehenden großen Bücherschrank untergebracht war, erlangte bereits im 16. Jahrhundert, vor allem durch Stiftungen Flensburger Großkaufleute und Pastoren und Lehrer sowie königlicher Amtsträger wie z.B. Heinrich Rantzau, einen beachtlichen Buchbestand, der sich in den folgenden Jahrhunderten kaum mehr veränderte. In die Kirchenbibliothek wurden 1580 auch die Bücher eingegliedert, die sich schon vorher, zum Teil bereits vor 1500 in der Nikolaikirche befunden hatten.

In diese Bibliothek gelangte 1588 auch die mehr als 100 Bände umfassende Büchersammlung des Franziskanermönchs Lütke Namens, des Begründers des heutigen Alten Gymnasiums. Dazu gehörten auch 30 Inkunabeln und Drucke aus den beiden ersten Jahrzehnten des 16. Jahrhunderts, die sich vor der Reformation in ehemaligen Franziskanerklöstern der Ordensprovinz Dacia (Schleswig, Tondem, Ribe, Horsens, Viborg) befunden hatten, und drei Handschriftenbände, darunter zwei Bibelhandschriften aus dem ehemaligen Rudekloster des Zisterzienserordens (an der Stelle des heutigen Schlosses Glücksburg) aus dem ausgehenden 13. Jahrhundert. Zur Kirchenbibliothek kam kurz nach 1600 auch die umfangreiche Musikaliensammlung, die der königliche Amtsverwalter Hans Hartmann in seinem

Haus am Südermarkt gesammelt hatte. Die Bedeutung der darin enthaltenen einmaligen Musikaliendrucke und -handschriften für die schleswig-holsteinische und dänische Musikgeschichte ist erst vor kurzem von dem Kopenhagener Musikwissenschaftler Oie Kongsted erkannt worden.

Als die Kirchenbibliothek in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts vorübergehend in der Lateinschule aufgestellt war, gelangten beim Rücktransport versehentlich 42 Bände der Schulbibliothek, darunter eine Inkunabel, in die Kirche und von dort 1908 ins Städtische Museum, während die Musikaliensammlung und 57 Bände, darunter die drei Handschriftenbände, in der Schule blieben. Von den 323 Bänden der „St.-Nikolai-Bibliothek“, die 1991 vom Museum in die Landeszentralbibliothek kamen, gehören also nur 281 Bände zur eigentlichen Kirchenbibliothek. In diesen Bänden sind aber zum Teil mehrere Drucke zusammengebunden.

Zusammen mit den Teilen, die sich bereits seit dem 19. Jahrhundert in der Gymnasialbibliothek befinden, besteht die Kirchenbibliothek von St. Nikolai heute aus insgesamt 441 Drucken: 35 Inkunabeln, 384 Drucken des 16. und 22 Drucken des 17. Jahrhunderts. Beinahe Dreiviertel der Drucke (323) stammen aus dem deutschen Sprachraum, 78 Drucke aus dem französischen Sprachraum, während sich die restlichen Drucke auf die Niederlande (20), Italien (19) und mit nur einem einzigen Druck auf Dänemark verteilen. Letzterer Druck ist zugleich der jüngste und im Jahre 1679 in Kopenhagen erschienen.

Die eigentliche Kirchenbibliothek ist genauso wie die Bibliothek von Lütke Namens eine Büchersammlung, die zu einem Großteil aus theologischen Schriften besteht, nur mit dem bezeichnenden Unterschied, daß sich abgesehen von Bibelausgaben, Ausgaben der Kirchenväter und mittelalterlicher Theologen in der eigentlichen Kirchenbibliothek insbesondere Schriften lutherischer Theologen, in der Bibliothek des Franziskanermönchs Schriften katholischer Theologen befinden. Außer theologischen Schriften sind in der St. Nikolai-Bibliothek Werke aus vielen anderen Sachbereichen vertreten, während die sogenannte schöne Literatur so gut wie ganz fehlt. Werke der griechischen und römischen Antike finden sich dort ebenso wie die historische und geographische Sachliteratur des 16. Jahrhunderts. Weiterhin sind zu nennen Schriften der Humanisten, Wörterbücher zu den alten Sprachen, grammatische und rhetorische Schriften, und es fehlen ebenfalls nicht naturwissenschaftliche, medizinische und juristische Werke. Die meisten Schriften sind in lateinischer Sprache verfaßt. Die Flensburger St.-Nikolai-Bibliothek spiegelt als Ganzes den Wissensstand des Zeitalters der Reformation von der Welt und ihrer Entwicklung wider. Die Sammlung, die vor allem aus Bänden im Folioformat besteht, ist auch deshalb von besonderem Interesse, weil viele Einbände (u.a. in Lübeck um 1500 und in Wittenberg sowie in Flensburg im ausgehenden 16. Jahrhundert angefertigt) gut erhalten sind.

3. Ausblick

Die historischen Buchbestände in der Landeszentralbibliothek sind ohne Zweifel mehr als eine Raritätenkammer und müssen dringend für eine umfassende Nutzung durch Wissenschaftler Vorort und durch die Fernleihe erschlossen werden. Auch für Laienforscher und Buchfreunde innerhalb der Region könnten die Altbestände von großem Nutzen sein. Für eine allgemeine Nutzung der Bestände ist eine Formalerschließung die erste und wichtigste Grundvoraussetzung. Diese Formalerschließung sollte möglichst bald beginnen und könnte mit der inhaltlichen Erschließung einhergehen.

Zahlreiche Teilbestände verdienen, in ausführlichen Sonderkatalogen veröffentlicht zu werden. Dazu zählen nicht nur die wertvollen Musikalien, sondern auch die über tausend Karten, die nordische und landeskundliche Literatur und Reisebeschreibungen, um nur einige Beispiele zu nennen. Ein bedeutender Auftakt erfolgte mit den Untersuchungen von Oie Kongsted zur Musikaliensammlung und den Ausstellungen auf Schloß Frederiksborg zum 50. Geburtstag der dänischen Königin Margarethe i.J. 1990 sowie im Kieler Schloß und im Städtischen Museum Flensburg. In Zusammenarbeit mit dem Institut für Regionale Forschung und Information im Deutschen Grenzverein werden zur Zeit Sonderkataloge der wertvollen Kartenbestände in der Gymnasialbibliothek vorbereitet. Die wissenschaftliche Erschließung von zwei Sammelatlanten mit fast 1000 Karten aus dem 17.

und 18. Jahrhundert hat bemerkenswert gut erhaltene Karten, darunter einige seltene Stücke zu Tage gebracht.

Der Erfolg der Ausstellung „Buchillustrationen aus fünf Jahrhunderten“, die vom 17. Mai - 23. Juni 1991 zum 425jährigen Jubiläum des Alten Gymnasiums in der Landeszentralbibliothek gezeigt wurde, hat zudem das Interesse der Flensburger an ihren alten Büchersammlungen bewiesen und regt zu weiterer Öffentlichkeitsarbeit an. Möge sich zu dem ausgeprägten Sinn Flensburgs, seine Kulturgüter zu pflegen, die Einsicht und Bereitschaft des Landes gesellen, hierzu auch seinen erforderlichen Beitrag zu leisten.

Literatur:

1. Ahlers, Jens: Die Bibliothek des Alten Gymnasiums Flensburg in der Landeszentralbibliothek, in: 1566-1991 Altes Gymnasium Flensburg. Festschrift. Flensburg 1991, S. 51-54.
2. Ahlers, Jens u. Gerhard Kraack: Buchillustrationen aus fünf Jahrhunderten. Eine Ausstellung in der Landeszentralbibliothek Schleswig-Holstein vom 17. Mai - 23. Juni 1991 anlässlich der 425-Jahr-Feier des Alten Gymnasiums Flensburg. Flensburg 1991.
3. Festmusik fra Renaissancen. En udstilling... Katalog (in dän. u. dt. Sprache) ved Oie

- Kongsted u.a. København 1990.
4. Kongsted, Oie: Kronborg-Brunnen und Kronborg-Motetten. Ein Notenfund des späten 16. Jahrhunderts aus Flensburg und seine Vorgeschichte. Flensburg 1991 (Schriften der Gesellschaft für Flensburger Stadtgeschichte, 43).
 5. Kraack, Gerhard: Die Hartmannsche Musikaliensammlung in der Bibliothek des Alten Gymnasiums, in: 1566-1991 Altes Gymnasium Flensburg. Festschrift. Flensburg 1991, S. 55-64.
 6. Kraack, Gerhard u. Nis Lorenzen: Die St. Nikolai-Bibliothek zu Flensburg. Eine Büchersammlung aus dem Jahrhundert der Reformation. Beschreibung und Katalog. Flensburg 1984 (Schriften der Gesellschaft für Flensburger Stadtgeschichte, 35).
 7. Kronborg-Motette. Tilegnet Frederik II og Dronning Sophie 1582. Udg. i Anledning af Hendes Majestæt Dronning Margrethe II's Halvtredsårsdag 16.4.1990. Faksimile. København 1990.
 8. Lohmeier, Dieter: Festmusik der Renaissance. Eine Ausstellung mit Flensburger Notenfunden der Zeit um 1600. Grenzfriedenshefte 38 (1990) S. 259-263.
 9. Lorenzen, Heinz-Jürgen: Die Landeszentralbibliothek Schleswig-Holstein. Geschichtliche Entwicklung, Aufgabenstellung und Funktionen, in: Buch und Bibliothek 41 (1989) S. 876-883.
 10. Lorenzen, Heinz-Jürgen: Der Neubau der Landeszentralbibliothek Schleswig-Holstein in Flensburg. Buch und Bibliothek 42 (1990) S. 745-751.
 11. Rasmussen, Jørgen Nybo: De danske franciscaneres bøger i Flensburg, in: Kirkehistoriske Samlinger R. 7, 1977, S. 51-80.
 12. Vaagt, Gerd: Königliche Musik aus Flensburg, in: Schleswig-Holstein 1991, S. 55-64.

Rechtsextremismus – Herausforderung für Zeitgeschichte

von UWE DANKER*

Der furchtbare Anschlag in Mölln, die denkwürdige Augustnacht in Rostock, die unsägliche DVU seit April 1992 im Landtag - kein Zweifel, der Rechtsextremismus besitzt neue Aktualität im vereinten Deutschland. Angesichts ihrer Militanz und Erfolge kann niemand die neuen Rechtsextremen ignorieren. Die leichte Klimaveränderung nach dem Schrecken über die Morde von Mölln schafft noch keine neue Lage. Das Problem Rechtsextremismus wird vorerst bleiben.

Vor einigen Monaten wurde in Schleswig das an die Pädagogische Hochschule in Flensburg angeschlossene „Institut für schleswig-holsteinische Zeit- und Regionalgeschichte“ offiziell eröffnet.

Die aktuelle Aufgabe

Kultusministerin Marianne Tidick betonte dabei die besondere gesellschaftliche Verantwortung der Zeitgeschichtsforschung in dieser Zeit. Richtig! Aber es ist gar nicht so einfach, diese besondere Verantwortung präzise zu benennen. Denn: Rechtsextreme Skins, DVU-Funktionäre und auch Stammtische werden von Wissenschaftlern wohl kaum erreicht, erst recht nicht überzeugt. Und doch gibt es sie, die besonderen Aufgaben des neuen Instituts.

Rechtsextremismus, Wahlerfolge und Ausschreitungen hat es in der Bundesrepublik latent immer, praktisch immer wieder gegeben. Es sei erinnert an die Wahlerfolge der NPD in den 60ern, als sie übrigens auch in Schleswig-Holstein in den Landtag einzog. 1981 bestätigte die seriöse Sinusstudie, was im Kern für die gesamte Geschichte der Bundesrepublik gilt, nämlich daß alarmierende 13% der Wahlbevölkerung über ein stabiles rechtsextremes Weltbild verfügen.

Zu diesem Weltbild zählen: aggressiver und militanter Nationalismus, Rassismus und Intoleranz gegenüber Minderheiten, Unfähigkeit zur Austragung von Konflikten und zum Kompromiß, Neigung zu Sündenbockprojektionen und Konspirationstheorien, antidemokratisches Denken mit Gewaltbereitschaft, Verherrlichung des NS-Staats und das Bestreiten seiner Verbrechen.

* Dieser Aufsatz ist eine leicht überarbeitete Fassung eines Vortrages, den der Autor am 27.11.1992 an der Pädagogischen Hochschule in Flensburg hielt

Der anerkannte Zeithistoriker Detlef Peukert hat 1990 in einer seiner letzten Arbeiten zu Recht einfache Analogien abgelehnt und aufgezeigt, wie wenig Bonn Weimar gleicht. Er warnte aber zugleich vor der Gewalt der Ängstlichen, vor der Macht der platten rechtsextremen Stereotypen. Heute, drei Jahre später, neu und gesellschaftlich so bedrohlich ist, daß Rechtsextremismus zur Normalität zu werden droht, und zwar, wie Studien zeigen, auch in der gesellschaftlichen Mitte. Rassismus äußerte sich bis vor kurzem anonym in Briefen und heimlichen Schmierereien. Die Rechtsextremen sind heute viel dreister. Briefe kommen oft nicht mehr anonym, und der Mob agiert vor laufenden Kameras. Das Tabu ist jedoch noch nicht ganz gefallen, das zeigt das plastische Beispiel der mißglückten Wahlprognosen bei der Landtagswahl im April: Viele DVU-Wählerinnen und -Wähler trauten sich noch nicht, sich ihren Befragern zu offenbaren, so daß diese beim besten Rechnen keine korrekten Prognosen erstellen konnten.

Staat und Gesellschaft müssen offensiv antworten, wenn der Prozeß der Normalisierung von rechtsextremen Handlungsmustern wieder umgekehrt werden soll. Es gibt in der Gesellschaft Konkurrenz um Wohnraum und auch Sozialhilfe. Ursachen der Anfälligkeit müssen beseitigt werden. Hierzu gehören auch Ängste, denen am besten symbolisch und kulturell begegnet wird. Verblendete Jugendliche brauchen Zukunfts- und Reintegrationsangebote. Sicher sind Elternhäuser und Pädagogik jetzt besonders herausgefordert. Sicher spricht viel dafür, daß bei vielen Enttäuschung und soziale Kälte zur Sündenbocksuche und damit zum Ausländerhaß führen, etwa nach dem falschen Denkmuster: „Die Gesellschaft kümmert sich um Fremde, nur um mich nicht, dabei bin ich doch ein Deutscher!“ Aber Patentanalysen und -lösungen greifen nicht. Denn: Rechtsextremismus ist weder allein ein Problem der Jugend noch der neuen Bundesländer. Das Gift rechtsextremen Denkens ist (fast) überall.

Ich sehe daher folgende Aufgabe. Wir müssen eine Grenze ziehen, jenseits derer nicht nur strafrechtliche Konsequenz einsetzt: Der gesellschaftliche Wert des Tabus muß erkannt werden, wenn die immune, tolerante und humane Gesellschaft als Ideal nicht erreichbar scheint. Gerade in einer Phase der offenbaren Enttabuisierung dieses Denkens muß durch verantwortungsbewußte, aber unmißverständliche Neustigmatisierung des rechtsextremen Kernbereichs entgegengewirkt werden, auch wenn das vorübergehend zur Binnenstabilisierung dieser Gruppen führt. Das Ziel lautet: Wer sich der rechtsextremen Szene anschließt, muß wissen, was er verläßt, die Gesellschaft der anständigen Mehrheit, die ihn fortan meidet, ihn spüren läßt, daß nicht in Ordnung ist, was er denkt, macht und anzurichten droht. Das alles ist Gesellschaftspolitik. Aber es gibt einen Punkt, an dem Politik und Pädagogik auf Zeitgeschichtsforschung und ihre Vermittlung angewiesen sind. Vorweg: Natürlich hat, und das möchte ich betonen, Zeitgeschichte wie jede Wissenschaft ihre eigene, gesellschaftlich gesehen relativ zweckfreie, gegenstands-

bezogene Berechtigung, wenn sie Fragen stellt, Lücken der Erkenntnis schließt. Dennoch wird man sich schnell darauf verständigen können, daß es eine besondere Rolle gibt. Nicht umsonst ist Ursprung und Ausgangspunkt dieser Disziplin der Nationalsozialismus. Und Rechtsextremismus in Deutschland hat bei der historischen Hypothek eine zusätzliche Dimension.

Der Beitrag der Zeit- und Regionalgeschichte

Welchen Beitrag kann und muß die Zeit- und Regionalgeschichte in der Abwehr leisten? Zunächst zum Grundsätzlichen, zur Debatte in der historischen Zukunft. Eine „Entmoralisierung“ von Geschichte, wie sie Ernst Nolte unter anderem propagiert, lehne ich ab. Denn es gilt für den Sektor der ethischen Orientierung im besonderen, was Martin Broszat allgemein formuliert hat: „Keine menschliche Erfahrungsbildung kann - ob sie will oder nicht - die historische Dimension entbehren, diese ist unverzichtbarer Bestandteil der Gegenwartsorientierung.“

Auch die von Michael Stürmer immer wieder propagierte identitätsstiftende Funktion der Geschichte im Sinne einer einheitlichen nationalen Identität wird nicht geteilt. Jürgen Habermas antwortete ihm apodiktisch: „In modernen Gesellschaften kann und darf es so etwas wie ein identitätsverbürgendes Geschichtsbild gar nicht geben; der unvermeidliche Pluralismus von Lesarten läßt uns gerade die ambivalente Bedeutung eigener Traditionen und Bildungsprozesse erkennen.“ Heute habe Patriotismus allenfalls als Verfassungspatriotismus Platz, eine moderne Spielart, die sich in Deutschland erst nach und auch durch Auschwitz habe entwickeln können.

Hans Ulrich Wehler hat in seiner Polemik über die „Entsorgung der deutschen Vergangenheit“ auf die gesellschaftspolitische Gefahr einer Indienstnahme der Historie für einen sorglosen Zeitgeist aufmerksam gemacht. Auch Jürgen Kocka betonte den Unterschied zwischen Geschichtswissenschaft und Politik, ohne aber die Wechselbeziehung zu verneinen. Die Forschung habe die Aufgabe der „Beschreibung, Erklärung und Darstellung vergangener Wirklichkeit mit wissenschaftlichen Mitteln unter den sich wandelnden und nie einheitlichen, zukunftsorientierten Problemstellungen der Gegenwart.“

So etwa war das Plädoyer von Broszat für eine Historisierung des Nationalsozialismus zu verstehen. Hans Mommsens Mahnung, keine Relativierung des Nationalsozialismus folgen zu lassen, zielte weniger auf Broszat denn auf andere. Für Broszat und seine Münchener Schule sind Verstehen und Verurteilen zwei Seiten einer Medaille. Eine handwerklich solide und ethisch seriöse Differenzierung, die bei Akteuren und Adressaten der Forschung das Problembewußtsein schärft. Lutz Niethammer hat auf einen letzten mir wichtigen Aspekt von Zeitgeschichte hingewiesen: „Zeitgeschichte, verstanden als die Geschichte einer Zeit, von der uns

keine tiefen Kontinuitätsbrüche distanzieren, soll ja gerade kollektive Verdrängungen und Fehlverarbeitungen lockern.“ So will er denn auch seine vorbildliche Untersuchung der Entnazifizierung in Bayern, die unter dem reißerischen Titel „Die Mitläuferfabrik“ in zweiter Auflage erschien, als „Intervention in das zeitgeschichtliche Bewußtsein der Westdeutschen und ihr Verhältnis zum Dritten Reich“ verstanden wissen.

Aus der Geschichte lernen?

Nun ist allerdings Vorsicht geboten, wenn die Forderung erhoben wird, aus der Geschichte zu lernen. Denn manchmal droht Mißbrauch, häufig werden triviale Rezepturen bemüht. Evident ist das totale Scheitern des staatlich verordneten Antifaschismus in der ehemaligen DDR. Das antifaschistische Ritual besaß in erster Linie die Legitimationsfunktion für ein nichtlegitimes Staatswesen. Die kommunistischen Opfer der NS-Verfolgung mußten dazu herhalten, dem leitenden und endlose Anpassung verlangenden Personal des SED-Staates eine moralische Basis zu schaffen, die ihm nicht zustand.

Die in den ersten Nachkriegsmonaten und -jahren verfaßten rein geistesgeschichtlichen Bewältigungsversuche westlich orientierter Wissenschaftler wie etwa Friedrich Meineckes 'Deutsche Katastrophe' lesen sich heute seltsam hilflos.

Auch die oft für den tagespolitischen Kampf verengte Totalitarismusthese kann dem empirischen Befund nicht standhalten. Allerdings gehören bleibende Erkenntnisleistungen einer Hannah Arendt nicht zur abgeschlossenen Geschichte des Ost-West-Konfliktes.

Die theoretischen Gegenentwicklungen der Linken, die 'Faschismustheorien', sind durchweg unempirisch, im Kern als Kapitalismuskritik gedacht und ebenfalls weitgehend überholt.

Mir scheint folgendes richtig zu sein: Von Dauer sind jene Arbeiten, die auf empirischem Aktenbefund fußend mit klaren und ruhig engagierten Fragestellungen wissenschaftlich solide verfaßt wurden. Pionierleistungen wie Alan Bullocks Hitlerbiografie von 1951, Gerald Reitlingers 1953 veröffentlichte Dokumentation der sogenannten Endlösung oder Karl Dietrich Brachers Darstellung der deutschen Diktatur aus dem Jahr 1969 sind noch heute trotz eines ungleich besseren Forschungsstandes lesenswert. Wer sich auf einer solchen Basis betreffenen, aber nüchternen Herzens Erscheinungsformen und Analysen des Nationalsozialismus vergegenwärtigt, kann durchaus wichtige Orientierungsmarken für die Gegenwart finden.

Dies vorausgeschickt, zum aktuellen und spezifischen Auftrag der Zeit- und Regionalgeschichte:

Spezifischer Auftrag

Sie hat zum ersten die Aufgabe, das interpretierte Tatsachengerüst zur „Krankengeschichte der Moderne“ (Peukert) zu liefern und auszubauen. Das ist die differenzierte und pluralistische Aufklärung über den Nationalsozialismus, seine Vor- und Nachgeschichte. Dazu gehört auch die schlichte Bereitstellung präzisen Wissens, um Schulen und populären Vermittlungsmedien die Basis zu liefern, aber auch um immer wieder bemühte Legenden und Lügen zu widerlegen.

Sie hat zum zweiten die Aufgabe, zur Sicherung des demokratischen, humanen und toleranten Grundkonsenses in der Gesellschaft beizutragen. Und zwar in der Mitte, bei den Anständigen, wenn man so will. Die Brandsatzwerfer und DVU-Funktionäre, da mache ich mir nichts mehr vor, erreicht niemand mit Tatsachen und rationalen Argumentationen. Aber wir müssen die gesellschaftliche Mehrheit aufklären und immunisieren, den eingangs entwickelten Prozeß der Neutabuisierung rechtsextremen Gedankengutes aktiv unterstützen. Denn: Wenn historische Erscheinungsformen verniedlicht werden, nimmt die Wachsamkeit in der Gegenwart allgemein ab. Dann wird als normal akzeptiert, was aktiv abzulehnen und zu bekämpfen wäre. So einfach ist das. Allerdings ist der Umkehrschluß, wie am ritualisierten Antifaschismus gezeigt, falsch. Es geht vielmehr um eine breit angelegte, unaufdringliche und ehrliche Beschäftigung mit der NS-Geschichte, die mehr ist als eine wirkungslose Pflichtlektion. Es geht um eine aktive Aneignung humaner und demokratischer Werte.

Die regionale Zeitgeschichte besitzt zum dritten wichtige fachwissenschaftliche wie didaktische Vorzüge: Sie kann in der überschaubaren Region einen präzisen Zugang leisten. Sie kann ertragreicher als politische oder nationale Zeitgeschichte den gesellschaftlichen Alltag während der NS-Zeit nahebringen. Auf reale und überschaubare Lebenswelten bezogen, kann regionale Zeitgeschichte beispielsweise Jugendliche mit Wirklichkeiten konfrontieren, die Bezüge zu ihren eigenen Lebenszusammenhängen besitzen: In schleswig-holsteinischen Dörfern wurden polnische Jugendliche hingerichtet, weil sie körperliche Kontakte zu deutschen Frauen unterhalten hatten. KZs waren auch in unserem Land in Sichtweite. Zwangsarbeiter und Zwangsarbeiterinnen vegetierten in Baracken fast überall in Schleswig-Holstein. Junge Schleswig-Holsteiner zogen in den Krieg und kamen nie wieder.

Ein, vielleicht zu glattes und nicht regionalgeschichtliches, Beispiel aus der Schulpraxis. Der Lehrer Jansen-Hochmuth aus Kassel berichtet im Magazin „Der Spiegel“ (2/93) über Schulunterricht zum Thema Gewalt: „Ich merke: Erklärungen, Argumente greifen nicht. Hier geht es um Einstellungen, um Ängste, Gefühle.“ Erst als er an die Tafel schreibt, „Rostock - Auschwitz: Gibt es Zusammenhänge, Bezüge?“, entsteht Betroffenheit, Gesprächsbereitschaft, Widerstand, Interesse. Vo-

raussetzung dafür war, daß die Schülerinnen und Schüler eine hinreichende Vorstellung vom Vernichtungslager Auschwitz hatten, über (etwas) zeitgeschichtliches Wissen verfügten, das sie, so Lehrer Jansen-Hochmuth, im Zusammenhang mit dem aktuellen Unterricht von sich aus vertieften. Diese Schülerinnen und Schüler werden etwas sensibler sein als vorher; kommen viele derartiger Lernprozesse zusammen, entstehen stabile Wertorientierungen.

Soweit zu den Aufgaben. Was ergibt ein kursorischer Forschungsüberblick zum Nationalsozialismus in Schleswig-Holstein?

Forschungslage

Der 1988 publizierte Bericht von Hedemann und Sommer für das Land Niedersachsen zählt etwa 1000 einschlägige Veröffentlichungen. So günstig ist die Situation in Schleswig-Holstein keineswegs. Erst seit einem guten Jahrzehnt nimmt dieser Forschungszweig breite Konturen an, werden in angemessenem Umfang an der Landesuniversität Studien angeregt, bemühen sich die Geschichtsvereinigungen im Land ausdrücklich um das Themenfeld. Beteiligt sind ausgewiesene Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, aber auch viele Privatforscherinnen und -forscher mit und ohne einschlägige Ausbildung.

Eine Gesamtdarstellung für die Zeit des Nationalsozialismus in Schleswig-Holstein fehlt. Aber es gibt spezifische Monografien und Sammelbände. Zu nennen sind der von Hoffmann und Wulf 1983 herausgegebene Band „Wir bauen das Reich“, der für Aufkommen und erste Herrschaftsjahre ein breites thematisches und regionales Spektrum abdeckt, sowie, mit Einschränkungen, der von Diederichs und Wiebe 1985 herausgegebene Tagungsband „Schleswig-Holstein unter dem Hakenkreuz“, in Zeitschriften und Reihen erscheinen relevante Einzeluntersuchungen, und mit Teil III der vom Flensburger Arbeitskreis für Stadt- und Regionalgeschichte herausgegebenen „Quellen zur Geschichte Schleswig-Holsteins“ steht ein erster Quellenband zur Verfügung.

Unverzichtbar bleiben einzelne ältere Studien. Zunächst zu nennen ist Rudolf Heberles wahlsoziologische Arbeit, die, in den Jahren 1932 bis 1934 entstanden, im amerikanischen Exil 1945 aber erst 1963 in Deutschland erschien. Heberle analysierte mit damals neuer Methodik Landvolkbewegung, politische Willensbildung in der Weimarer Zeit und Wahlerfolge der NSDAP, die 1932 mit 51% in der preußischen Provinz Schleswig-Holstein ihr reichsweit bestes Ergebnis erzielte. Die Arbeiten von Gerhard Stoltenberg über politische Strömungen in der Landvolkbewegung aus dem Jahr 1962 und von Peter Wulf über politische Haltungen im organisierten Handwerk von 1969 bauten auf Heberle auf. Heinz Josef Varains wichtige Studie über Parteien und Verbände in den Nachkriegsjahren erschien 1964.

Schleswig-Holstein war bekanntlich eine frühe Hochburg der Nationalsozialisten.

Hier erzielte die NSDAP bereits am 31.7.1932, ein halbes Jahr vor der „Machtübernahme“, 51% der Wählerstimmen und damit das reichsweit beste Ergebnis.

In der preußischen Agrarprovinz Schleswig-Holstein hatten eine dumpfe Heimatideologie, die Krise der Landwirtschaft und Modernisierungsängste auf dem Lande sowie Militarismus in den Marinestädten den antidemokratischen Boden bestellt. Aufgrund dieser schleswig-holsteinischen Besonderheit ist es kein Zufall, daß Vorgeschichte und Aufkommen der NS-Herrschaft vergleichsweise gut erforscht sind. Rudolf Rietzler hat unter dem Titel „Kampf in der Nordmark“ 1982 eine bei Fritz Fischer entstandene Dissertation vorgelegt, die erstmals für diese Region auch mentalitätsgeschichtliche Aspekte berücksichtigt, den „Nordmark- Mythos“ betrachtet und die spezifisch schleswig-holsteinischen Elemente der NSDAP im hohen Norden herausarbeitet. Er widerlegt schlüssig das von Heberle und Stoltenberg behauptete liberale Klima in der Provinz während der Weimarer Zeit. Hansjörg Zimmermann für das Herzogtum Lauenburg, Peter Heinacher für Flensburg, Bernhard Michael Menapace für Geesthacht und Gerhard Hoch für Kaltenkirchen haben Monografien verfaßt, die das Aufkommen der NSDAP auf lokaler und regionaler Ebene analysieren. Einzelne Beiträge wie der von Uwe Karstens über die Dithmarscher NSDAP 1929/30 oder Lawrence D. Stokes über Eutin finden sich in Zeitschriften und den erwähnten Sammelbänden.

Über die eigentliche Herrschaftsphase liegt weniger vor. Erste Forschungen betreffen die Felder Widerstand und Verfolgung. Zwar hört man das bequeme Vorurteil, der Nationalsozialismus sei in Schleswig-Holstein relativ harmlos und fast gemächlich gewesen, kaum noch. Aber wer weiß schon Genaueres über das Ende der jüdischen Bevölkerungsgruppe in diesem Land, wer weiß schon, daß „unser“ Gauleiter Hinrich Lohse zusammen mit einigen anderen schleswig-holsteinischen NS-Größen im „Reichskommissariat Ostland“ im Baltikum ein Schreckensregime führte und die Ermordung von ca. einer Million Juden organisatorisch leitete? Die 1991 publizierte Dissertation von Detlef Körte liefert die Geschichte eines Kieler KZs, des Arbeitserziehungslagers Nordmark. Elke Imberger hat, ebenfalls im Rahmen einer 1991 veröffentlichten Dissertation, wie sie es nennt, „Widerstand von unten“ in Lübeck und Schleswig-Holstein untersucht. Für die KZs Schwesing und Ladelund sowie für Widerstand und Verfolgung in den Kreisen Steinburg und Rendsburg-Eckernförde liegen Aufsätze bzw. quellenkritische Darstellungen vor. Rolf Schwarz und Gerhard Hoch haben 1985 unter dem Titel „Verschleppt zur Sklavenarbeit“ eine erste Aufsatzsammlung über Kriegsgefangene und Zwangsarbeiter in Schleswig-Holstein herausgebracht.

Auch lokale Gesamtdarstellungen für die NS-Zeit fehlen weitgehend. Unter den Ausnahmen ist an erster Stelle die voluminöse Arbeit des Kanadiers Lawrence D. Stokes über Eutin zu nennen. Zu Recht betont der selbstbewußte Titel „Kleinstadt und Nationalsozialismus“ 1984 den exemplarischen Charakter des keineswegs nur

dokumentarischen Werks. Stokes hat mit analytischem Verstand Forschungserträge, 'Große Geschichte' und mentale Gesichtspunkte mit vorbildlicher lokaler Empirie verknüpft und damit das vorerst letzte Wort zu Eutin im Nationalsozialismus gesprochen. Der Privatforscher Gerhard Hoch lieferte 1980 die seriöse, auf Kaltenkirchen bezogene Arbeit „Zwölf wiedergefundene Jahre“, die damals große Beachtung fand.

Zur lokalen Geschichte der Psychiatrie liegt seit 1988 die medizinische Dissertation von Peter Delius über „Das Ende von Strecknitz“ vor. Peter Sutter hat einen Beitrag über Rickling geliefert. Auch wenn in Schleswig-Holstein selbst mit Ausnahme der Kinderfachabteilung in Schleswig die Euthanasie nicht praktiziert wurde, waren Deportationen real - und hatte später ein Chefgutachter im Land einen medizinischen Lehrstuhl inne. Auch das Ende der 'jüdischen' Bevölkerungsgruppe ist durch die verdienstvollen Arbeiten von Ole Harck, Karl Michelson, Dietrich Hausschildt und Klaus Bästlein erst im Ansatz erforscht. Nur 0,2% der Bevölkerung stellend, waren die jüdischen Bürgerinnen und Bürger in diesem Land Objekte eines besonders absurden Antisemitismus.

Zur NS-Nachgeschichte gibt es vor allem durch die Arbeiten von Kurt Jürgensen und Helmut Grieser, sowie durch Monografien von Gabriele Stüber, Jenspeter Rosenfeldt und Henning Loose solides Wissen über die Besatzungszeit und die Bedingungen des Neubeginns. Zur Entnazifizierung liegen erste Ansätze von Holger Otten und Ulf Christen vor. Aber es gibt auch in diesem Bereich noch viel zu tun: Hier in Schleswig-Holstein tauchte eine überdurchschnittliche Zahl belasteter NS-Funktionäre unter, machten viele ehemalige „PG's“ kaum unterbrochene Karrieren, regierte ab 1950 bereits wieder ein ehemaliges NSDAP-Mitglied als Ministerpräsident, bezog ab 1951 Ex-Gauleiter Lohse eine (gekürzte) Pension, erklagte die Witwe Heydrich ihre Pension, wurde 1959 bekannt, daß der steckbrieflich gesuchte Obergutachter des Euthanasieprogramms, Werner Heyde, mit Wissen hoher Beamter unter dem Tarnnamen „Dr. Sawade“ gut bezahlter Gutachter an Gerichten des Landes war.

Desiderata

Dieser kurze Überblick kann nicht vollständig sein und auch nicht regional umfassend. Es fehlen Hinweise auf verstreute Arbeiten zur NS-Kulturpolitik, zur Kirche, zum vergleichsweise gut erforschten deutsch-dänischen Grenzraum, zu weiteren lokalen Studien, zu biografischen Arbeiten und Autobiografien, zu Sonderaspekten oder Bästleins wichtigen Verweisen auf das Reichkommissariat Ostland. Aber diese kommentierte Auflistung scheint mir hinreichend, um jetzt die Defizite und gleichzeitig augenfälligsten Desiderata zu benennen. Ich sehe sie auf vier Feldern:

1. Es fehlen grundlegende Studien zur Struktur der nationalsozialistischen Herrschaft in Schleswig-Holstein, nämlich zur Arbeit von Oberpräsidium, Regierung und Provinzialverwaltung, zum Agieren von Polizei und Justiz, zur konkurrierenden Machtstruktur der Partei und ihrer Untergliederungen.

2. Es fehlen landesgeschichtliche, exemplarische Untersuchungen über den Alltag, über Arbeit, Familie, Kirche, Dorf- und Stadtleben im Nationalsozialismus, über spezifische gesellschaftliche Gruppen wie Zwangsverschleppte, Bauern oder Frauen, über Anpassung, Anstand, Verfolgung und Widerstand in allen Erscheinungsformen.

3. Mit Ausnahme der Besatzungszeit fehlen Studien zur NS-Nachgeschichte, zu Fragestellungen nach Kontinuitäten und Diskontinuitäten in Staat und Gesellschaft. Sie könnten auf der Mikroebene wie auf der Ebene sozialer Gruppen bearbeitet werden, zum Beispiel wären Biografien von Opfern und Tätern verdienstvoll.

4. Schließlich fehlt die Einordnung in große, übergreifende Fragestellungen, fehlen Untersuchungen zur Modernisierungsfrage, zu Kontinuität und Wandlung von Mentalitäten, zur zäsurübergreifenden Sozialgeschichte der gesellschaftlichen Eliten.

Diese Defizite lassen sich als Chance begreifen, wenn die schleswig-holsteinische Zeit- und Regionalgeschichte das Rad nicht neu erfindet, sondern sich bei der Entwicklung eigener Akzente methodische und inhaltliche Erträge anderer zu Nutze macht.

Vor allem das Münchner Institut für Zeitgeschichte hat mit seinem 1973 begonnenen Großprojekt, den voluminösen sechs sozialgeschichtlichen Bänden zu Widerstand und Verfolgung in Bayern Maßstäbe gesetzt. Die ausdrücklich gewählte gesellschaftsgeschichtliche Perspektive hat es erstmalig ermöglicht, die vielen Grautöne herauszuarbeiten. Wenn Arbeiter „eine auf leidgeprüfter Erfahrung beruhende pragmatische Nüchternheit angemessener Interessenwahrung“ entfalteten, so bietet die Schilderung dieser Resistenz uns heute Lebenden eine annehmbarere Orientierung als das Bild noch so heroischen Widerstands. Ein weiteres empirisches Ergebnis ist, daß die auf staatlicher Ebene zu vermutende totale Durchdringung aller Lebenswelten so nie existierte.

Das Bayernprojekt hat in seiner Konzentration auf die Perspektive der Region und des Alltags methodisches Neuland erschlossen. Zu erwähnen wäre ferner Lutz Niethammer mit seiner durch 'oral history' vermittelten Einbeziehung individueller und kollektiver Erinnerungen und Erfahrungen. Detlef Peukerts mustergültige Jugendstudie kombinierte das historische Umfeld mit der Binnenperspektive der Jugendlichen.

Seit einigen Jahren stehen nun die gesellschaftlichen Langzeitwirkungen im Mittelpunkt des Forschungsinteresses, wird die gesellschaftliche Wirkung der politischen Zäsuren kritisch hinterfragt.

Die zeit- und regionalgeschichtlichen Erträge anderswo sind also reichhaltig, vor-

bildliche empirische Studien und methodische Vielfalt lassen den Rückgriff zu Schleswig-Holstein kann effizient aufholen und eigene Akzente setzen.

Das IZRG

Ich komme zur denkbaren Rolle des Instituts für schleswig-holsteinische Zeit- und Regionalgeschichte (IZRG) in diesem Kontext: Es ist aufgrund der Desiderata unmittelbar einsichtig, daß sich das Institut mit seinen bescheidenen Mitteln zunächst beschränkt auf den Nationalsozialismus einschließlich seiner Vor- und Nachgeschichte. Der Forschungsschwerpunkt „Herrschaftsaufbau und Herrschaftszerfall“ entspricht nicht nur dem Trend, ohne dessen Beachtung keine Drittmittel einzuwerben sind, sondern ermöglicht einen Anfang im Kernbereich der Desiderata. Und er wird gegenwartsbezogene Fragen beantworten helfen: Was ist dran am „Sonderweg“ Schleswig-Holsteins, an der oft behaupteten „Renazifizierung“ in den 50ern? Worin vor allem bestehen die demokratischen Traditionen unseres Bundeslandes? Begonnen haben zwei Projekte: Eine auch methodisch interessante Sammelbiografie der NSDAP-Kreisleiter sowie eine Untersuchung über Kontinuität und Wandel des Parteiwesens nach 1945. In Planung befindet sich ein Projekt, das Schleswig-Holstein und Mecklenburg in der Phase 1943 bis 1953 vergleichen will. Und in Vorbereitung ist die Erforschung des schleswig-holsteinischen Anteils am Euthanasieprogramm. Das letzte Vorhaben zeigt, daß am IZRG neben dem Forschungsschwerpunkt auch einzelne, besonders brennende Themen aufgearbeitet werden. Der nach Inkrafttreten des Landesarchivgesetzes freie Zugang zu zahlreichen Aktenbeständen der NS-Zeit und der Nachkriegszeit ermöglicht Forschungen, die bisher kaum in Angriff genommen werden konnten. Insbesondere personenbezogene Akten aus der Zeit und die bisher völlig gesperrten Bestände zu Entnazifizierung und Wiedergutmachung harren der wissenschaftlichen Auswertung. Die Geschichte der schleswig-holsteinischen Entnazifizierung ist ein wichtiger Beitrag zum ersten Arbeitsschwerpunkt des Instituts. Dabei sollte es nicht um die endgültige Entlarvung des Scheiterns gehen, es wäre vielmehr auch zu fragen, ob dieser Preis an Legitimation und politischer Kultur für einen erfolgreichen Integrationsprozeß bezahlt wurde. Hermann Lübke hat 1983 in der Historischen Zeitschrift einen ersten Hinweis gegeben. Eine rechnergestützte Auswertung dieser Massenakten könnte einigen Aufschluß über die soziale Basis des Bundeslandes Schleswig-Holstein und wohl auch manchen mentalen Hinweis auf Traditionslinien ergeben.

Das Institut für schleswig-holsteinische Zeit- und Regionalgeschichte hat einen gleichwertigen zweiten Grundauftrag, der zur Frage nach der besonderen gesellschaftlichen Verantwortung zurückführt. Es geht um den Auftrag der Vermittlung und Darstellung von Zeitgeschichte. Veröffentlichungen, Veranstaltungen, Beiträge

zur Lehre an der Pädagogischen Hochschule, Fach- und Fortbildungsangebote sind zu nennen. Sie sind sehr wichtig, schließlich erreichen und unterstützen sie Multiplikatoren, die wiederum Schülerinnen und Schüler sowie Interessierte gegen rechtsextremes Gift immunisieren können.

Hinzukommen müssen weitere kreative Formen der öffentlichen Vermittlung. Durch die wissenschaftliche Begleitung eines Dokumentarfilms über eine verfolgte, sogenannte 'Asoziale' zum Beispiel kann ich bei einer günstigen Sendezeit auf einen Schlag ein Millionenpublikum erreichen, in dessen zeitgeschichtliches Bild intervenieren. Gut gemachte regionale Ausstellungen oder Gedenkstätten erreichen vier-, manchmal fünfstelligen Besucherzahlen. Eine attraktive, didaktisch gut aufbereitete, arbeits- und lehrerfreundliche Quellensammlung kann zahl reiche Schülerinnen und Schüler ansprechen. Das IZRG sollte solche Beiträge leisten, allerdings bleibt seriöse Grundlagenforschung die Basis.

Vieles davon fehlt noch in Schleswig-Holstein. Der Nachholbedarf ist immens. Aufwand und Investitionen werden sich lohnen, denn verbreitetes zeitgeschichtliches Wissen zahlt sich aus, in mehr Humanität, Wachsamkeit und Zivilcourage.

Jens Peter Nydahl 1883 - 1967

von MICHAEL - SÖREN SCHUPPAN

Über den Staats- und Verwaltungsaufbau Preußens läßt sich trefflich streiten. Einige von uns Nachgeborenen können neben Vorbehalten manchem verlorengangenen Grundsatz, gemessen an heutiger Realität, nur mit Wehmut nachtrauern. Einer dieser Grundsätze lautete sinngemäß: Bei einer beruflichen Veränderung muß der Arbeitsplatz gewechselt werden, wobei die religiöse und landsmannschaftliche Bindung keine Rolle spielen durfte. Aus der Not eines zerstückelten, nicht geschlossenen Staatsgebietes geboren, war sie eine notwendige, im Einzelfall viel Verständnis abfordernde Grundmaxime. Ein augenfälliges Beispiel dafür bietet der Lebensweg Jens Peter Nydahls.

Nydahl wurde am 27. Januar 1883 in Kraulund bei Tingleff, Kreis Tondern, im damaligen Nordschleswig geboren. Der Sohn des Kätners Nydahl¹ in Kraulund² besuchte wie seine elf Geschwister bis zu seinem 16. Lebensjahr die Dorfschule des Heimatortes, die ein offensichtlich ausgezeichneter Lehrer leitete. Allerdings haben ihn seine Eltern mit dem zehnten Lebensjahr zu einem Bauern nach Eggebrecht gegeben. Der Bauer förderte den aufgeweckten Jungen und brachte ihn nach dem Schulbesuch mit Einverständnis der Eltern auf die Präparandenanstalt in Apenrade. Neben dem Schulbesuch widmete er sich dem Sammeln von Pflanzen und Schmetterlingen. In der landschaftlichen Umgebung der Stadt konnte das Jagdfeiber reichlich gestillt werden.

Dem Aufenthalt in der Präparandenanstalt schloß sich der Besuch des Lehrerseminars in Tondern an. Hier war es der Seminardirektor Dr. Runkel³, der - Nydahl unmerklich beeinflussend - sein Interesse verändernd wirkte. Nydahl entwickelte eine betont pädagogische Aufgeschlossenheit. Die Abgangsprüfung bestand er in Tondern im Februar 1904 und erhielt anschließend die erste Anstellung in Hojrup an der Königsaugrenze. Später nahm er eine Lehrerstelle in Altona an, wo sich ihm die Möglichkeit bot, sich der Mittelschullehrer- und Rektorprüfung zu unterziehen. Beide Prüfungen legte er in Schleswig, erstere am 4. September 1908, letztere am 8. Juni 1911, ab. Um 1909 heiratete er und lebte mit seiner Frau die ersten Jahre in Altona. Das älteste von vier Kindern aus dieser Ehe wurde dort geboren.

Seine berufliche Arbeitsfreude erschöpfte sich damit nicht. Um sich auf Seminar- und Schulaufsichtsdienst vorzubereiten, besuchte er die Akademie in Posen (Provinz Posen). Die Abschlußprüfung am Wissenschaftlichen Kursus in Posen fand am 18. September 1912 statt.⁴ Doch auch das reichte ihm anscheinend nicht aus, denn er wurde als Schüler an die Berger Oberrealschule in Posen durch Verfügung des Königlichen Provinzial-Schul-Kollegiums in Posen (27. November 1912) über-

wiesen. Am 14. März 1913 konnte ihm von der Königlichen Prüfungskommission das Zeugnis der Reife als Extraner zuerkannt werden.⁵ Am 1. April 1913 berief ihn der Magistrat als ordentlichen Lehrer an die städtische Mittelschule nach Neukölln.⁶ Somit war er nahe an den bevölkerungspolitischen Schmelztiegel Berlin herangekommen. In einigen Würdigungen wird daraufhingewiesen, daß er ein sechsemestriges Studium der Germanistik und sogar der Anglistik in Hamburg und Berlin aufnahm. Diese Studien wurden durch die Einberufung 1914 abgebrochen.⁷ Wie das Erleben im Kriege auf ihn wirkte, läßt sich heute nicht mehr sagen, da weder schriftliche noch mündliche Überlieferungen vorhanden sind.

Aus dem Kriege zurückgekehrt⁸, wurde er Rektor der evangelischen Volksschulen in Neukölln (6. Mai 1919). Von diesem Amt wurde er am 31. August 1919 entbunden, weil er das Amt eines Stadtschulinspektors und Kreisschulrates antrat. Er war, rechnet man die Zeit vor und nach dem Ersten Weltkrieg zusammen, als Lehrer in Neukölln rund zwei Jahre tätig.

Am 1. Oktober 1921 wurde er in das Amt des Magistrats-Oberschulrates in Berlin und Dezernent für das Gemeinde- und Mittelschulwesen in Berlin berufen. Fünf Jahre später (1926) wählte ihn der Magistrat zum Stadtschulrat in Berlin⁹, nachdem der Hamburger Wilhelm Paulsen aufgegeben hatte. Wie kam es zu diesen etwas merkwürdigen Umständen? Die Planstelle des Stadtschulrates war durch die Preußische Personal-Abbau-Verordnung vom 8. Februar 1924 und der Durchführungsverordnung zur Personal-Abbau-Verordnung vom 4. Juni 1924 nach heftigen Auseinandersetzungen verlustig gegangen.¹⁰ Nach einer leichten wirtschaftlichen Erholung der Staatsfinanzen planten Anfang 1926 die Fraktionen von SPD und KPD der Berliner Stadtverordnetenversammlung die erneute Besetzung der Stelle. Behutsam wurde bei geeignet erscheinenden Personen angefragt, ob sie zur Übernahme dieses Amtes eventuell bereit wären. Ehe Adolf Grimme darauf antwortete, zog er Erkundigungen bei Walter Lande" ein. Lande rät beschwörend ab, da die gesetzlichen Möglichkeiten äußerst gering seien. Er schreibt, daß das „Amt des Berliner Stadtschulrates ein mehr dekoratives ist. Auf der anderen Seite trägt er nach außen mit seinem Namen die Verantwortung für das, was in den Berliner Schulen vorgeht. Eine Verantwortung, die er gar nicht tragen kann, weil er weder die Personen auswählt noch irgend eine Macht über die Dinge hat, derentwegen er schuldig gesprochen wird. Die Paulsen'selten Nackttänze waren nur ein besonders betrübendes Beispiel für die Verheerung, die ein schlecht konstruiertes Gesetz anrichten kann... Aufgabe und Verantwortung fallen auseinander.“¹² In einem Antwortbrief legte Grimme seine allerdings andersgearteten Gründe der Ablehnung dar, merkte aber an, daß er Landes Meinung über die gesetzliche Stellung nicht teile.¹³ Allerdings sollte nach Auffassung Grimmes der neue Stelleninhaber - anders als er - tief im Gedankengut der Sozialdemokratie verwurzelt sein.

In Jens Nydahl hatten die Berliner Sozialdemokraten diese Person gefunden.¹⁴ Die Partei, die Schuldeputation der Berliner Stadtverordnetenversammlung und sowohl der gemeinsame Schulausschuß als auch die gemeinsame Schuldeputation der sechs innerstädtischen Bezirke, deren Vorsitzender er nun kraft Amtes wurde, stützten ihn in den folgenden Auseinandersetzungen. In den zwölf bzw. sieben Amtsjahren vollbrachte Nydahl seine eigentliche Berliner Lebensleistung¹⁵. Nydahl übte dieses Amt bis zum 14. März 1933 aus. An diesem Tag wurde er vom Oberbürgermeister Berlins¹⁶ wegen seiner Mitgliedschaft in der SPD beurlaubt.¹⁷ In seiner Tätigkeit verstand er es, die ihm sicherlich parteimäßig nahestehenden Berufsfreunde in seine Arbeit einzubinden. Darüber hinaus gelang es ihm, alle reformwilligen Kräfte in der Berliner Lehrerschaft zur gemeinsamen Arbeit heranzuziehen, was bei der damaligen politischen Zerklüftung sicher nicht immer leicht war. Erstaunlich, daß der willensstarke, aber nicht weniger der ruhigen und sachlichen Auseinandersetzung zuneigende Charakter Nydahls¹⁸ den notwendigen Ausgleich in der Regel fand. Mit seiner Hilfe gelang es, die vornehmlich von Hermann Rebhuhn geplante Diesterweg-Hochschule¹⁹, als gemeinsame Einrichtung der Stadtverwaltung und des Berliner Lehrervereins, zu der Fortbildungsinstitution der Berliner Lehrerschaft zu entwickeln. Zusammen mit dem Schulrat Arno Fuchs²¹ schuf er das für viele Jahrzehnte als vorbildlich geltende Sonderschulwesen. Auf den Ausbau des noch unfertigen Berufs- und Fachschulwesens, verbunden mit der Ausbildung geeigneter Lehrer, verwandte er besondere Anstrengungen. Seiner beharrlichen Art verdankte die Berliner Schulverwaltung eine Übereinkunft mit dem Provinzialschulkollegium (PSK), um die Wilhelm Paulsen vergeblich gerungen hatte. Am 23. April 1927 beginnt mit einem Schreiben Nydahls ein über die Jahre hinweg freilich schleppend stattfindender Gedankenaustausch zwischen Dezernenten des PSK und Beamten der Berliner Magistratsverwaltung. Zunächst treffen nur Dezernenten und Beamte für das höhere Schulwesen zur Erörterung von Sachfragen zusammen. Nach Jahren folgt auf wiederholte Anregung Nydahls auch eine Aussprache zwischen den Dezernenten aller drei Abteilungen und entsprechenden Mitarbeitern der Magistratsverwaltung. Die Zusammenkünfte fanden zwar abwechselnd in Räumen des PSK und des Magistrats statt, doch die Protokolle wurden stets von Mitarbeitern des PSK geschrieben²¹. Nicht auszuschließen ist auch, daß die zögerliche Haltung des PSK etwas mit dem eher obrigkeitstaatlichen Denken der übergeordneten Behörde und die des Sozialdemokraten Nydahl mit republikanisch-partnerschaftlichem Aufeinanderzugehen zu tun haben.²² Doch der Argwohn von Mitgliedern des PSK schloß nicht ein. Der von Nydahl vorangetriebene energische Versuch des Berliner Magistrats, der etwas später um ihre Zustimmung gebetenen Stadtverordnetenversammlung und der Deputation für das Schulwesen zwischen 1927 und 1930 unter dem harmlos klingenden Titel „Vorschläge zu einer Verwaltungsreform des höheren Schulwesens Großberlin“ (3.

Februar 1928) organisatorische Änderungen im städtischen höheren Schulwesen zu bewirken, wurde mit großer Zurückhaltung vom PSK und der Ministerialbürokratie behandelt. Dem gewieften Taktiker und seiner Verwaltung war es zu verdanken, daß erst gegen Ende 1929 durch den die Dinge beim Namen nennenden Artikel „Hundertprozentige Schulreform der Stadt Berlin“ in einer Zeitung konkrete Anhaltspunkte bekannt wurden, die den Verdacht des PSK zu rechtfertigen schien, daß der Berliner Magistrat seine Kompetenzen überschritten und inhaltliche Veränderungen vorgenommen habe, die nach Recht und Gesetz nur dem Ministerium zustanden. Der Minister persönlich forderte über das PSK umgehend eine Stellungnahme. Sie wurde monatelang verzögert, bis schließlich der Vertreter Nydahls sich genötigt sah, das Gespräch im PSK zu suchen, um für Nydahl und für sich eine gesundheitliche Krisis zu reklamieren und wieder zu verschwinden. Die sogenannten planwirtschaftlichen Maßnahmen auf dem Gebiet des höheren Schulwesens wurden nicht zurückgenommen. Eine Erläuterung, wie sie der Minister eingefordert hatte, sucht man in den Unterlagen vergeblich.²³ Weiterhin förderte Nydahl den Gedanken des Lesens von Ganzschriften²⁴, regte kostenfreie Theateraufführungen in Schulen an und löste so in vielen Elternhäusern ein gewisses Kulturinteresse aus.

Die Kriegsfolgen verschärften die verzweifelte Lage der jungen Lehrer. Nydahl versuchte, durch das Senken der Klassenfrequenz und die Verringerung der Pflichtstundenzahl verstärkt Lehrer einzustellen, um damit der Lehrerarbeitslosigkeit Herr zu werden. Durch sein bestimmendes Wesen²⁵ und sein außergewöhnliches Verwaltungsgeschick vermochte er es, die Bezirksschuldeputation, den Bezirks-Schulausschuß für das höhere Schulwesen ebenso wie die Organisationen der Lehrerschaft und die Lehrerkammer für seine Vorhaben zu begeistern und zur Mitarbeit am gemeinsamen Aufbau des Berliner Schulwesens zu gewinnen. Als Ausdruck dieser Bereitschaft können wir die Mitarbeit vieler Schulleute an dem von Nydahl herausgegebenen Werk „Das Berliner Schulwesen“²⁶ ansehen. Hier wird in Form breiterer Ausführungen und genauerer Aufstellungen Rechenschaft über die Vielfalt in der Einheit abgelegt. Nutzen zogen Berliner Lehrer auch aus den von Nydahl angeregten Studienfahrten an Orte, die reformpädagogischen Bestrebungen fördernd gegenüberstanden, wie Wien, Stuttgart, Bremen und Hamburg. Konnten die teilnehmenden Lehrer daraus doch Anregungen über Einheitsschulbestrebungen mitbringen und Vergleiche ziehen.

Nydahl selbst skizzierte den Zustand der Berliner Schule in einem Vortrag auf der ersten Tagung der „Internationalen Vereinigung der Lehrerverbände“ in Berlin so: „Die neue Pädagogik verwirft jede Trennung der Kinder; nach wirtschaftlichen und religiösen Verhältnissen der Kinder, sie nimmt den Menschen, wie er ist und versucht, ihm eine seiner Natur gemäße Erziehung zu geben. Die neue Zeit will eine Zusammenfassung in der Einheit. Sie will keine Trennung in Volksschule, höhere

Schule, Berufs- oder Fachschule, sie will die planvolle Gestaltung unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen und sozialen Forderung und unter Einstellung auf die in jedem einzelnen Menschen wohnenden Kräfte für den Dienst in der Gemeinschaft, sie will die Einheitsschule.“²⁷

Das jähe Ende kam mit dem Frühjahr 1933. Nydahl schlug sich von da ab bis 1945 als Handelsvertreter durch. Nach dem Zusammenbruch 1945 setzte die sowjetische Besatzungsmacht ihn auf den Stuhl des Bürgermeisters in Tempelhof.²⁸ Nach den Wahlen 1946 wurde er im Amt des Bezirksbürgermeisters von Tempelhof bestätigt. Im Oktober des Jahres 1947 erreichte ihn ein Ruf der Landesregierung von Schleswig-Holstein, nach Kiel²⁹ in das Amt eines Landesdirektors (Staatssekretär) zu wechseln. Eine der vordringlichsten Aufgaben war es, das Schulwesen und die Lehrerbildung in Schleswig-Holstein neu zu ordnen. Er holte Erkundigungen in allen einschlägig damit beschäftigten Verwaltungen der Zonen Deutschlands und bei ihm bekannten Reformern³⁰ ein. Am 1. November 1948 wurde er als dem Ministerpräsidenten unmittelbar unterstellter Landesbeauftragter für den Landesteil Schleswig eingesetzt. Für die Fragen im Grenzraum brachte er die denkbar günstigsten Voraussetzungen mit. Er war in diesem Gebiet aufgewachsen und hatte bewiesen, daß er in der zerklüfteten Berliner Schulwelt zusammenführende Arbeit leisten konnte. Erfolg erhoffte sich die Landesregierung auch von seinem Verwaltungsgeschick. Als die schwierige Arbeit getan war, schied er zum 30. Juni 1951 aus dem Amt. Den Streit der Minderheiten diesseits und jenseits im Abschnitt der heutigen Nordgrenze Deutschlands³¹ hatte er auf der Basis der Gleichberechtigung beizulegen mitgeholfen. Niemand anderes als er konnte demzufolge erster Vorsitzender im „Bund für deutsche Friedensarbeit im Grenzland“ werden.

Er bemühte sich dann, dänische und deutsche Lehrer zu Gesprächen zusammenzuführen. Später führte er die Menschen im Grenzland auf Begegnungstagen zusammen.

Jens Peter Nydahl starb am 19. März 1967 in Kiel. Der Verantwortung für Menschen - zuerst als Lehrer einer Schule in Hojrup, dann im größeren Rahmen als Stadtschulrat für alle Berliner Lehrer und Schüler und später im Sinne europäischer Verbundenheit in Nord- und Südschleswig - hat er sich nie entzogen. All die Jahre hindurch bewahrten die am Seminar ausgebildeten Berliner Lehrer eine stille Solidarität und Verbundenheit für den aus ihrem Stand hervorgegangenen Jens Nydahl.

Anmerkungen:

- 1 Der Urgroßvater väterlicherseits war aus Nordnorwegen (einem Ort gleichen Namens an der Grenze zu Lappland) eingewandert.
- 2 Bei der Volksabstimmung 1920 gehörte der Ort zu denjenigen, in denen der Anteil der deutschen Stimmen zwischen 75% und 100% lag. Wie die älteste Tochter Nydahls berichtet, haben sich schon Jahre zuvor von den elf Geschwistern nur zwei für ein Leben in Deutschland entschieden. Die Mutter Nydahls sprach gleichermaßen deutsch und dänisch fließend.
- 3 Jahre später warer Provinzial-Schulrat(1908) und Abgeordneter (DVP) in der Nationalversammlung und im Reichstag der Weimarer Republik.
- 4 Das Seminarlehrerzeugnis von Posen befindet sich im Nachlaß; Ordner: Ämter, Zeugnisse, Entschädigung. Auf Grund eines Hinweises von Herrn G. Radde konnte ich diesen Teil des Nachlasses, der sich in Privatbesitz befindet, dankenswerterweise in Kiel einsehen.
- 5 Das Zeugnis der Reife befindet sich im Nachlaß; Ordner: Ämter, Zeugnisse, Entschädigung.
- 6 Das Berufungsschreiben ist mit „Der Magistrat, Dr. Weinreich, Neukölln 11. April 1913“ unterzeichnet. Nachlaß; Ordner: Ämter, Zeugnisse, Entschädigung. Wichtig für die Entwicklung nach 1918 ist, daß er vor dem Beginn des Ersten Weltkrieges schon eine Planstelle innehatte und somit nach der Demobilisierung sofort seine Arbeit wieder aufnehmen konnte. Nach Auskunft einer Schülerin wurde er 1913 Lehrer an der Ersten Städtischen Mädchen-Mittelschule in der Donaustraße in Neukölln.
- 7 Die Aufnahme eines ordentlichen Studiums erscheint mir wegen der zeitlichen Überschneidung namentlich in Hamburg unwahrscheinlich zu sein.
- 8 Wie seine Tochter berichtet, war Nydahl gegen Ende des Krieges an Tuberkulose erkrankt und lag in einem Danziger Krankenhaus. In einer kleinen Broschüre über die Geschichte des Grenzfriedensbundes wird berichtet, daß Nydahl als „Abgeordneter des Arbeiter- und Soldatenrates Danzig am Kongreß der Arbeiter- und Soldatenräte in Berlin“ teilnahm (vgl. T. Eysholdt: Im Spannungsfeld von Nation und Europa, Flensburg 1990, S. 22). Somit kam er von Danzig wieder nach Berlin.
- 9 Vgl. Rote Fahne. Nr. 229 vom 26.10.1926 „Was fordert die Arbeiterschaft vom kommenden Oberstadtschulrat?“ und 8 Uhr-Abendblatt. Nr. 253 vom 29.10.1926 „Mein Programm“.
- 10 „Einspruch gegen den Abbau Paulsens. Daß Oberstadtschulrat Genosse Paulsen gegen den Abbaubeschluß der Stadtverordnetenversammlung jedes Rechtsmittel anwendet, versteht sich von selber. Er wird gegen den Beschluß, bei dem in den Reihen der Bürgerlichen wie der mitwirkenden Kommunisten *politische Beweggründe* ihre Rolle gespielt haben, Einspruch erheben. Unter Hinweis auf die Notwendigkeit, *seinen Rechtsanspruch gegen den Ahhaueschluß wahrzunehmen*, hat Genosse Paulsen den Oberbürgermeister um einen Urlaub von vorläufig 14 Tagen gebeten. Wie wir hören, ist der Urlaub bereits genehmigt worden.“ Vgl. Ausschnitt aus Vorwärts. Abendausgabe Nr. 433 vom Sonnabend, d. 13. Sept. 1924.
- 11 Brief von Grimme an Lande (13.11.1926), Nachlaß Adolf Grimme, Paket 61, Nr. 4/5. Der Nachlaß befindet sich im Geheimen Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz in Berlin.

- Walter Lande war Ministerialrat im Preußischen Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung.
- 12 Brief von Landé an Grimme (16. März 1926), Nachlaß Adolf Grimme, Paket 61, Nr. 6/7/8.
 - 13 Brief Grimmes an Lande (29. April 1926), Nachlaß Adolf Grimme, Paket 61, Nr. 9.
 - 14 Ob Schonigs Bemerkung über Nydahl übrigens sozialistische —“ ihn zutreffend charakterisiert, muß bezweifelt werden. So klingt sie aufgesetzt. Vgl. B. Schonig: Berliner Reformpädagogik in der Weimarer Republik, in: Schule in Berlin gestern und heute, hrsg. v. B. Schmoldt u.a. Berlin 1989, S. 32.
 - 15 Dieses Wissen und andere Gründe mögen ihn bewogen haben, zumindest in den 60er Jahren ein Domizil in Berlin-Zehlendorf zu haben.
 - 16 Oberbürgermeister Dr. Heinrich Sahn.
 - 17 Unter den Stichworten „Unterstützung Gnadenweg“ hat das Preußische Oberverwaltungsgericht am 11. März 1936 auf Grund des Paragraphen 4 der Verordnung zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums die Bezüge Nydahls auf 40 v. Hundert erstmalig festgelegt. Hierzu: Nachlaß; Ordner: Ämter, Zeugnisse, Entschädigung. Nydahl brachte sich und seine Familie mühsam mit Tätigkeiten im Weinhandel und als Werber für Zeitungsinserate durch.
 - 18 Noch Jahre nach seinem Tod schwang in den Erzählungen der Schwiegertochter Bitterkeit mit. Die schon erwachsene Enkelin konnte bei allem, was sie erlebt hatte, nur staunen, welche Beachtung ihr Großvater bei Fremden fand. Übertroffen wurde seine norddeutsch spröde Art offensichtlich von seiner Mutter. Hatte er es doch nicht gewagt, der Mutter seine Scheidung und eine erneute Bindung mitzuteilen. Durch ein Gruppenbild aus New York mit entsprechender Unterzeile in einer Zeitung erfuhr die alte Dame davon. Sofort wollte sie sich nach Berlin aufmachen, dem Sohn den Kopf waschen und die alten Zustände wieder hersteilen, weil das Verhalten ihres Sohnes unmoralisch sei. Wie die familiäre Überlieferung besagt, konnte sie nur mit Mühe von ihrem Vorhaben abgebracht werden. Hingegen lebt er in der Erinnerung der Tochter eher als gutmütiger, warmherziger Vater, die Mutter als strenge Frau fort.
 - 19 In der ersten Vorstandssitzung am 24. Februar 1922 wurde Magistrats-Oberschulrat Nydahl zum Vorsitzenden gewählt. Er hatte dieses Amt noch 1930 inne. Hierzu: Vorstand des Berliner Lehrervereins (Hrsg.): 50 Jahre Berliner Lehrerverein 1880 - 1930. Berlin 1930, S. 264.
 - 20 Ein Lebensbild findet sich in: B. Schmoldt (Hrsg.): Pädagogen in Berlin. Hohengehren 1991, S. 145 ff.
 - 21 Brandenburgisches Landeshauptarchiv Potsdam, Akten des Provinzialschulkollegiums, Rep. 34, Nr. 58 b.
 - 22 Klarheit können nur weitere Aktenfunde bewirken. Es kann aber auch sein, daß die leidige, langjährige Auseinandersetzung über eine Kostenbeteiligung des Magistrats an den schon vor 1914 regelmäßig durchgeführten Direktoren Versammlungen der höheren Lehranstalten und eine klare von Nydahl herbeigeführte Positionsbestimmung des Magistrats in dieser Frage, die Verantwortlichen des PSK zur Einsicht bewogen haben mögen, fortan mit diesem Oberstadtschulrat regelmäßig Kontakt zu halten.
 - 23 Vgl. Brandenburgisches Landeshauptarchiv Potsdam, Rep. 34, 534.
 - 24 Er und andere gaben die Reihe „Wandern und Wundem“ heraus. Eine späte Frucht

- dieser Bemühungen war der mit anderen zusammengestellte Gedichtband „Schläft ein Lied in allen Dingen ...“, Kiel 1953.
- 25 Beispielsweise hatte der Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung persönlich angeregt, daß der Besuch der Veranstaltung „Schule und Berufsberatung 2.-5. Januar 1926“ den Schülern entsprechender Schulen zu empfehlen sei. Auf dem Verwaltungswege Ministerium - PSK - Berliner Verwaltung erreichte diese auffordernde Bitte Nydahl am 27. Dezember. Kurzerhand stoppte er den Vorgang und ließ ihn wegen zeitlicher Undurchführbarkeit zurückgehen. Helles Entsetzen und Rechtfertigungsversuche seitens des PSK waren die Folge. Vgl. Brandenburgisches Landeshauptarchiv Potsdam, Rep. 34, 476.
 - 26 Vgl. Jens Nydahl (Hrsg.): Das Berliner Schulwesen. Berlin 1928. Dieses Werk muß wohl auch in bewußter Abkehr zu dem freilich zu ganz anderen Zeitumständen und mit anderer Zielsetzung entstandenen Schrift über das Berliner Schulwesen von Wilhelm Münch „Das Unterrichts- und Erziehungswesen Groß-Berlin“, Berlin 1912, gesehen werden.
 - 27 Vgl. Kongreßleitung (Hrsg.): Die neuzeitliche deutsche Volksschule. Berlin 1928, S. 105 f.
 - 28 Warum die sowjetischen Erziehungsoffiziere ihn nicht - wie sie es sonst bei Personen, die ein Amt vor 1933 innehatten und schimpflich verjagt worden waren, zu tun pflegten - darin bestätigten, ist nicht bekannt. Es läßt aber erahnen, welche Bedeutung sie dem Amt des Berliner Stadtschulrates beimaßen und demzufolge dieses Amt keinem Sozialdemokraten überlassen wollten. Seine Tochter, Frau Prof. Dr. Helga Mucke- Wittbrodt, berichtet, daß sie beauftragt worden war, ihren Vater zu einem Eintritt in die SED zu überreden. Das wärein Versuch am untauglichen Objekt! Nydahl, der schon in den zwanziger Jahren seiner Tochter von einem möglichen Beitritt in die KPD strikt abriet, war für einen Beitritt in die SED nicht zu gewinnen. Vielleicht war es dieser dezidierte Standpunkt, oder die Kriegsgefangenschaft seines Sohnes in der Sowjetunion, die die SMAD abhielt, ihm seinen alten Posten wiederzugeben. Eine weitere Hypothese wäre: Wenn er Delegierter des Reichskongresses der Arbeiter- und Soldatenräte (16.-21. Dezember 1918 in Berlin) war und an der entscheidenden Abstimmung über Räterepublik oder parlamentarische Demokratie für letztere gestimmt hat, so kann diese Haltung sowohl den Führern der späteren KPD wie 1945 den Offizieren der SMAD bekannt gewesen sein und zu entsprechenden Konsequenzen geführt haben.
 - 29 Die englische Siegermacht hatte die Verlagerung der Zentralverwaltung aus der Provinzialhauptstadt Schleswig in die nunmehrige Landeshauptstadt Kiel erzwungen. Ob er sich diesen Ruf besorgt hatte, ließ sich nicht bestätigen. Allerdings kurz zuvor hatte er den Ministerpräsidenten Lüdemann in Berlin getroffen.
 - 30 So auch bei Wilhelm Blume, dem Mitbegründer der Schulfarm Insel Scharfenberg und damaligen Leiter der Pädagogischen Hochschule von Groß-Berlin, einer Anstalt, die für alle Schulstufen und -arten in Berlin alle Lehrer, ohne Ausnahme, ausbilden sollte. Hierzu u.a.: Michael-Sören Schuppan, Berliner Lehrerbildung nach dem zweiten Weltkrieg, Frankfurt a. M. 1990, S. 147 f.
 - 31 Vgl. Friedrich Buchholz: Jens Nydahl - Erinnern, Dank und Gruß, in: Berliner Lehrerzeitung, Jahrg. 12 (27) (1958), Nr. 2, S. 38 ff. Die historische Entwicklung stellt dar: Reimer Hansen: Die Nordgrenze Deutschlands im Lauf der Geschichte, in: Sonderdruck aus: Grenzfriedenshefte. Nr. 1/90.

1943 - Georg Ferdinand Duckwitz und die Rettung der Juden aus Dänemark

von GERD STOLZ

Im Mai 1956 traf sich ein Kreis guter Freunde aus „alten Tagen“ - unter ihnen der dänische Staats- und Außenminister H.C. Hansen und der dänische Minister ohne Portefeuille Ernst Christiansen - mit dem deutschen Außenminister Heinrich von Brentano in Kopenhagen, um einem Menschen Dank abzustatten, der in dunkler Zeit Zivilcourage und Mannesmut bewiesen hatte: Georg Ferdinand Duckwitz, der seit Jahresbeginn 1955 die Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Kopenhagen leitete. Duckwitz hatte die seitens der Nationalsozialisten für den 2. Oktober 1943 geplante Aktion gegen die dänischen Juden verhindert; ihm ist es in erster Linie zuzurechnen, daß über 7.000 Menschen vor dem sicheren Tod gerettet werden konnten.¹

Als einige Jahre nach dem Krieg ein dänischer Verleger jüdischer Abstammung die Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Kopenhagen um Übersendung jener Dokumente bat, aufgrund derer die Flucht der jüdischen Dänen nach Schweden von der Wehrmacht und der Kriegsmarine begünstigt worden war, konnten keine schriftlichen Unterlagen übersandt werden — es gab sie naturgemäß nicht, denn alle an dieser großartigen Aktion beteiligten Personen hatten vermieden, irgendwelche gegen sie verwendbare Unterlagen und Aufzeichnungen anzufertigen.

Der am 29. September 1904 in Bremen geborene, aus einer alten Kaufmannsfamilie stammende Georg Ferdinand Duckwitz hatte nach seinem Abitur am Humanistischen Gymnasium in seiner Geburtsstadt, juristischen und nationalökonomischen Studien in Freiburg und Bonn eine kaufmännische Lehre absolviert und war dann Leiter der Kaffee Hag AG in Dänemark geworden. In dieser Funktion konnte er die ersten Verbindungen zu Menschen und späteren langjährigen Freunden in unserem nördlichen Nachbarland knüpfen.

Nach beruflichen Zwischenstationen, u.a. bei der HAPAG in Hamburg und New York, wurde Duckwitz nach Ausbruch des 2. Weltkrieges vom Reichsverkehrsministerium im November 1939 zur deutschen Gesandtschaft in Kopenhagen als Schiffsahrtssachverständiger verpflichtet. Aus dieser Funktion heraus setzte Duckwitz jenes Rettungswerk in Gang, das ein leuchtendes Beispiel der Humanität in dunkler Zeit wurde.

„Unter den besetzten oder kriegführenden Ländern Europas bildete Dänemark bis zum Spätsommer 1943 eine Ausnahme: die von den Nationalsozialisten zuerst in

Deutschland und später in Europa eingeleitete Judenverfolgung nahm Dänemark zunächst aus. Es fehlte zwar nicht an Hinweisen dänischer Geschäftsleute an deutsche Stellen, ihren jüdischen Kollegen und Konkurrenten das Dasein unmöglich zu machen, doch gelang es einflußreichen deutschen Persönlichkeiten, derartige Aufforderungen zu ignorieren oder die Argumente zu widerlegen. Dennoch lebte die vorwiegend in Kopenhagen ansässige jüdische Gemeinde in ständiger Furcht. Sie blieb aber bis zur Verhängung des militärischen Ausnahmezustandes am 29. August 1943 fast unbehelligt.“²

Am 17. September traf bei der Deutschen Gesandtschaft in Kopenhagen ein Telegramm ein, mit dem Hitler die Deportation der dänischen Juden anordnete. Dazu sollten auch eigens weitere deutsche Polizeikräfte nach Dänemark verlegt werden. Georg Ferdinand Duckwitz hatte schon vorab von der sich anbahnenden Aktion gegen die dänischen Juden erfahren.

Am Abend des 19. September 1943 vermerkte Duckwitz in seinem Tagebuch: „Ich weiß, was ich zu tun habe.“ - „Dieser scheinbar lapidare Satz bedeutete den schwerwiegenden Entschluß, notfalls gegen einen Befehl Hitlers zu handeln, um Tausenden von dänischen Juden die Flucht nach Schweden zu ermöglichen. Der Abtransport in deutsche Konzentrationslager stand zu dieser Zeit unmittelbar bevor.“³

Duckwitz hatte viele Freunde nicht nur in Dänemark, sondern auch in dem neutralen Schweden, und so flog er am 22. September 1943 nach Stockholm, wo er auch mit dem sozialdemokratischen Ministerpräsidenten Per Albin Hansson zusammentraf. Während seiner verschiedenen Begegnungen in Stockholm gewann Duckwitz schnell die Gewißheit, daß Schweden bereit sein würde, die vom Tode bedrohten Menschen aufzunehmen, zumal in dem Land schon Tausende von Dänen und Norwegern eine Zuflucht gefunden hatten.

Am 25. September 1943 erhielt Duckwitz die Nachricht, daß die von Berlin aus vorgesehene und organisierte Deportation der jüdischen Dänen nach Polen in der Nacht vom 1. zum 2. Oktober 1943 stattfinden sollte. Damit wußte Duckwitz, daß ihm nur eine kurze Frist für die Rettung dieser Menschen blieb - eine Ungewißheit war die große Zahl der Betroffenen. Auf dänischer Seite wußte allerdings zu jenem Zeitpunkt niemand, welches Unheil den jüdischen Mitbürgern drohte, so daß auch keinerlei Vorkehrungen getroffen wurden.

Als dann feststand, daß die Aktion durch Polizei/SS durchgeführt und das deutsche Militär die Maßnahmen unterstützen würde, „blieb nur die Hoffnung auf ein Wunder übrig. Tatsächlich ereignete sich so etwas wie ein Wunder Mitte September in Berlin. Als der Chef des Seetransportwesens von Aarhus, Friedrich Wilhelm Lübke (der spätere Ministerpräsident von Schleswig-Holstein), auf der Rückreise von einem Urlaub in Süddeutschland beim Oberkommando der Wehrmacht vorsprach, unterrichteten ihn Freunde vertraulich über die bevorstehende Aktion gegen die

dänischen Juden. Kurz nach seinem Eintreffen in Aarhus erhielt Lübke den Befehl, die 14.000 BRT große „Monte Rosa“ für den Abtransport der Juden aus Kopenhagen bereitzustellen. Ihr Kapitän war der Lübke-Freund Heinrich Bertram aus Hamburg. Die beiden verabredeten, einen Maschinenschaden der „Monte Rosa“ vorzutäuschen, um jede Beteiligung an der Juden-Aktion zu vermeiden. Darüber hinaus verständigte Lübke einen dänischen Freund und einige andere in Aarhus von der geplanten Aktion. Das Hin und Her zwischen dem Oberkommando der Wehrmacht und Lübke um die „Monte Rosa“ zwang die deutschen Behörden schließlich dazu, zwei Schiffe aus Stettin auslaufen und Kurs auf Kopenhagen nehmen zu lassen, um die rd. 5.000 Juden an Bord zu nehmen, die Dr. Best angekündigt hatte.“⁴

In dieser fast ausweglosen Situation setzte Duckwitz alles auf eine Karte und traf sich mit führenden dänischen Sozialdemokraten - unter ihnen die späteren Ministerpräsidenten Hans Hedtoft und H.C. Hansen - die er dann, wie auch einige andere Freunde im dänischen Staatsapparat, über die bevorstehende Aktion informierte.

„Beim Frühgottesdienst in der Synagoge von Kopenhagen teilte Oberrabbiner Markus Melchior, der Vater des späteren Oberrabbiner Bent Melchior, am 29. September 1943 der jüdischen Gemeinde die Schreckensnachricht mit. Er forderte die Gemeindeglieder auf, alle Glaubensbrüder zu warnen, ferner ihre Wohnungen zu verlassen und unterzutauchen.“⁵

Am Abend jenes Tages vermerkte Duckwitz in seinem Tagebuch: „Die Vorbereitungen für die Juden-Aktion werden eifertig getroffen. Neue Leute sind gekommen - Experten dieser unsauberen Angelegenheit. Sie werden nicht viele Opfer finden.“, und übermittelte der Bischof von Kopenhagen Hans Fuglsang-Damgaard den Vertretern der deutschen Besatzungsmacht den Hirtenbrief der dänischen Bischöfe, der am 3. Oktober in allen Kirchen des Königreiches verlesen wurde; darin setzten sich die dänischen Bischöfe und die dänische Kirche dafür ein, „daß unsere jüdischen Brüder und Schwestern die gleiche Freiheit bewahren, die wir höher schätzen als das Leben“. - Diese zeitlich gleichlaufenden Maßnahmen sowie der am 1. Oktober 1943 übermittelte Protest König Christians X. ließen die große Rettungsaktion anlaufen. Innerhalb weniger Tage verschwanden unbemerkt über 7.000 Personen aus dem täglichen Leben des Königreiches. Sie fanden im ganzen Lande Unterkunft in Privatwohnungen, Altersheimen, Pastoraten, Krankenhäusern. Doch die Furcht vor Denunziantentum in dem besetzten Königreich war groß, denn groß war auch die Anzahl der an der Aktion Beteiligten, der Mitwisser.

Um die Küstenbewachung durch die Kriegsmarine vorübergehend auszuschalten, hatte Duckwitz mit seinem früheren HAPAG-Kollegen und damaligen Hafenkommandanten von Kopenhagen, Camman, verabredet, daß die Schnellboote der Kriegsmarine überholt werden sollten und so mit ihrer Aufgabe zur Küstenüberwachung weitgehend entzogen waren. Damit war ein entscheidender Schritt

getan, daß die in Dänemark organisierten kleinen Fischkutter und Boote im Wege der Schiffsrettung über 7.000 von Deportation und Tod bedrohte dänische Juden nach Schweden in Sicherheit bringen konnten.

Das Rettungswerk gelang, es wurde eine Brücke der Menschlichkeit geschlagen, die viele Jahre danach noch Bestand haben sollte. Eines der damals eingesetzten Boote, mit dem 600 Menschen von Gilleleje zu den wartenden Fischkuttern übersetzt wurden, ist heute in der Gedenkstätte Yad Vashem in Jerusalem ausgestellt zur Erinnerung an jene große Gemeinschaftstat.⁶

Weitgehend unbekannt ist aber, daß mit dieser Aktion auch über 500 jüdische deutsche Jugendliche im Alter von bis zu ca. 20 Jahren gerettet wurden. In Dänemark ist nie ein großes Aufheben von der Tatsache gemacht worden, daß ein derart großer und zudem geschlossener Personenkreis aus Deutschland zu den Geretteten der Aktion im Oktober 1943 gehörte, obwohl die Tatsache vielen Männern und Frauen des dänischen Widerstands sicherlich bekannt war.

Aus dem Gedanken des Pioniertums in Palästina mit einer fachlichen und innerlichen Vorbereitung auf diese Aufgabe, eine der Wurzeln der späteren Kibbuz-Bewegung, gab es auch in den 1920er Jahren in Deutschland erste Versuche einer kollektiven Übersiedlung nach Palästina, die jedoch nicht in vollem Umfang erfolgreich waren. Doch mit der nationalsozialistischen Machtergreifung wurde dieser Gedanke von Teilen der hündischen jüdischen Bewegung in Deutschland wieder aufgenommen. Überall entstanden weiterbetriebene und neu eingerichtete I lach-scharah-Zentren⁷ sowie nicht der Dachorganisation angeschlossene Auswanderungslehrgüter und sog. Umschichtungseinrichtungen.

Ziel der kombinierten Ausbildung und Erziehung war es, den jungen Menschen die nötige Reife und Unterweisung zu vermitteln, in Palästina ihre Erfahrungen in Landwirtschaft und Handwerk in der Siedlerarbeit für die Kibbuz-Gemeinschaft einzusetzen. Von großer Bedeutung für diese auf zwei Jahre veranschlagte Lehrzeit - letztlich war die Dauer einer Hachscharah von der Erteilung eines Visums („Arbeiterzertifikat“) durch die britische Besatzungsmacht und in der Folge durch das Palästina-Amt in Berlin abhängig - waren die Abgesandten der Histadruth⁸ aus Palästina, die die Gesamtsache glaubwürdig werden ließen. Entsprechend den verschiedenen Formen der Ausbildung und Auswanderung gab es unterschiedliche Ausbildungsplätze und -wege, wobei auch religiös ausgerichtete Lebensweisen praktiziert werden konnten.

Schon 1932 war ein Abkommen zwischen einem Vertreter der jüdischen Gemeinde Dänemarks und dem Leiter des für den Austausch solcher „Schüler“ zuständigen Reisebüros, der dänischen Polizei und der Jüdischen Jugendhilfe e.V. in Berlin getroffen worden. Danach erfolgte die Unterbringung der Jugendlichen auf Einzelhöfen im Rahmen eines unbezahlten, auf ein Jahr befristeten Ausbildungsverhältnisses, wobei man allerdings von Bauernstellen in Nordschleswig im

Hinblick auf die dort nationalsozialistisch stark ausgerichtete deutsche Minderheit absah. Die Erteilung einer Aufenthaltsgenehmigung durch die dänische Polizei war an die strikte Einhaltung der vereinbarten Bedingungen und an die Weiterreise nach Palästina nach Abschluß der Ausbildung in Dänemark gebunden. Obwohl ein wesentlicher Bestandteil der Vereinbarung, die Weiterreise nach Palästina nach der deutschen Besetzung Dänemarks, nicht mehr eingehalten werden konnte, ist das Abkommen von dänischer Seite nicht gekündigt worden. Die Jugendlichen blieben auf den Höfen.

„Die Praktikanten bildeten einen Teil der bäuerlichen Familie. Sie aßen am Mittagstisch zusammen auch mit anderen Knechten und Mägden und nahmen am Leben des Bauern teil. Dieses natürliche, menschliche Verhältnis erleichterte den Chaluzim⁹ das Einleben. Sie lernten schnell die Landessprache und -sitten und fühlten sich bei freundlicher Behandlung und guter Verpflegung trotz des langen Arbeitstages wohl. Freundschaftliche Beziehungen erhielten sich über viele Jahre ... Im Winter, wenn die Arbeit kürzer war oder der Hof fremde Arbeitskräfte entbehren konnte, nahmen Chawerim¹⁰ am Unterricht in landwirtschaftlichen Schulen teil, gelegentlich zusammen mit den Söhnen ihrer Bauern, die viel Verständnis für die geistige Arbeit und das Lernen nach der Arbeitszeit hatten und sich darüber freuten.“¹¹

In einer Vielzahl von Fällen nahmen die dänischen Familien, bei denen die Jugendlichen lebten und arbeiteten, die Stellung von Ersatzeltern ein; andererseits waren die jungen Menschen auf den Höfen anerkannt und wurden gern gesehen. Nach der Pogromnacht des Jahres 1938 wurden die dänischen Frauenverbände mobilisiert, die Unterbringung von 300 jüdischen Kindern zu organisieren, die für eine weitere Ausbildung im Kibbuz in Palästina vorgesehen waren. Man sprach Gastfamilien an, holte Zusagen ein, veranstaltete Geldsammlungen, Basare und Aufrufe, so daß schließlich das dänische Justizministerium die Genehmigung für die Einreise von 320 Kindern erteilte, nachdem die Leiterin der Arbeitsgemeinschaft für Kinder und Jugendalijah¹², Eva Michaelis-Stern, anstelle der von der britischen Regierung nicht einzuholenden Garantie, die Weiterreise der Kinder nach Palästina zu gestatten, ihrerseits die Garantie von London aus gab, die nächsten verfügbaren Einreisezertifikate für diese Gruppen in Dänemark zu reservieren. Die dänische Regierung sah die Garantie als ausreichend an, und in der Zeit vom 3. September 1939 bis 2. März 1940 kamen 320 Kinder im Alter von 14 bis 16 Jahren in kleinen Gruppen in Dänemark an.

Im Januar 1940 verließ eine erste Gruppe von 44 Kindern Dänemark und reiste über Rotterdam und Marseille nach Haifa. Noch nach der Besetzung Dänemarks durch deutsche Truppen reiste am 5. Dezember 1940 eine Gruppe über Schweden, Finnland, die UdSSR nach Palästina, und auf gleichem Wege folgte am 4. März 1941 eine weitere Gruppe von 42 Kindern - dann waren die legalen Ausrei-

sewege versperrt.

Doch die Besetzung Dänemarks am 9. April 1940 hatte auf das Verhältnis zwischen den Kindern und ihren Gasteltern keine Auswirkungen. Die Vorsitzende des dänischen Komitees bekannte, daß es keine einzige Familie gab, „die uns im Stich ließ“.

Auch die 14- bis 16-jährigen Kinder wuchsen wie die anderen Jugendlichen auf den Höfen mit der täglichen Arbeit auf, die von ihnen häufig als recht hart empfunden wurde - doch das Verhältnis zu den dänischen Gastfamilien blieb durchweg gut.

Bei alledem saß man in Dänemark beinahe wie in einer Falle, denn das große Ziel, die Ausreise nach Palästina, ließ sich nicht mehr verwirklichen. So gab es schließlich drei illegale „Ausreise“-Versuche als „blinder Passagier“ mit der Eisenbahn, die jedoch sämtlich scheiterten. Lediglich die Flucht einer Gruppe, die zur Ausbildung in der Fischerei auf Bornholm war, hatte Erfolg. Am 31. März 1943 setzten 10 Jugendliche nach einem fingierten Bootsdiebstahl bei Windstärke 11 von Bornholm nach Schweden über.

Andererseits drängte die jüdische Gemeinde in Dänemark auf ein Unterlassen solcher Fluchtversuche, da mit derartigen Aktionen erst die Aufmerksamkeit der deutschen Besatzungsbehörden auf diese jüdischen Jugendlichen in Dänemark gelenkt werden könnte.

Mit der großen Rettungsaktion in der Nacht auf den 2. Oktober 1943 unter Hilfe der dänischen Sozialdemokratie gelangten auch 379 Auszubildende, davon 228 Jugendliche deutscher Staatsangehörigkeit, 76 staatenlose Praktikanten und 13 Inhaber slowakischer Papiere nach Schweden.

Die auf den Bauernhöfen untergebrachten Jugendlichen hatten den sie kurzfristig erreichenden Warnungen uneingeschränkt geglaubt, denn „wir hatten schon einige Erfahrungen aus Deutschland ... wir hatten den 9. November mitgemacht“. „Ende September 1943 fuhren wir nach Glamsbjerg, wir waren zu fünft, wo wir viele dänische Freunde hatten und versteckt werden konnten, was sehr bald nötig wurde, als die Aktionen gegen die Juden begannen. Wir wohnten in verschiedenen Sommerhäusern, wechselten unsere Unterkunft bei Nacht, wie uns unsere dänischen Freunde rieten. Sie waren es, die den Kontakt mit der Krankenhausgruppe im Krankenhaus Odense herstellten. Wir wurden in Pkws nach Odense gefahren und außerhalb Odense von einem Krankenwagen abgeholt, der uns nach Kopenhagen bringen sollte. Jedem von uns wurde eine große Menge Geld gegeben, und uns wurde gesagt, wenn irgendetwas schief lief, sollten wir versuchen, die Leute zu bestechen. Ansonsten sollten wir das Geld in Kopenhagen zurückgeben. Der Krankenwagen fuhr mit einem Passagierschein für *einen* Patienten für die neurologische Abteilung, und ich sehe heute noch den Fahrer vor mir, wie er vor den Türen des Krankenwagens an Bord der Fähre Wache stand. Die Deutschen waren um uns herum, und wir legten uns flach nieder, um keine Schatten zu werfen. Wir

wechselten kein Wort miteinander. Schließlich erreichten wir Kopenhagen gegen Ende Nachmittag, stiegen um in Pkws... Wir gaben ihr das Geld und wurden in das Bispebjerg-Hospital hinausgebracht und müssen wohl in den Quartieren der Krankenschwestern untergebracht worden sein ... In derselben Nacht klingelte das Telefon, und wir wurden in Pkws zu einem Schiff gebracht, das am nächsten Morgen auslaufen sollte. Wir lagen in der Kohlefracht, unter Kohle begraben, und es war uns gesagt worden, wenn jemand dreimal auf das Deck treten sollte, sollten wir mucksmäuschenstill sein, denn dann befinden sich Deutsche zur Inspektion an Bord. Alles ging glatt. Die Deutschen wurden sowohl bestochen, als auch mit Alkohol abgefüllt, wie die Besatzung uns später erzählte. Wir konnten es spüren, als die Maschinen angeworfen wurden, und als wir in der Nähe schwedischer Hoheitsgewässer waren, durften wir an Deck kommen...¹³ Eine große Zahl der Jugendlichen fand - teilweise im Zuge der illegalen Ausreise vor Ablauf des britischen Mandats - den Weg nach Palästina und beteiligte sich am Aufbauwerk des neuen Staates Israel; auch Duckwitz' mannhaftes Handeln für die großartige Rettungsaktion half diesen jungen Deutschen.

Bedauerlich allein ist die Tatsache, daß weder das Bundesministerium für Post und Telekommunikation in Bonn noch das Königlich Dänische Kommunikationsministerium in Kopenhagen sich bisher bereit zeigten, zum 50. Jahrestag dieser Rettungsaktion und in Erinnerung an Geord Ferdinand Duckwitz ein Sonderpostwertzeichen herauszugeben; hoffen wir, daß eine solche Entscheidung nicht die endgültige in dieser Sache gewesen ist.

Anmerkungen

- 1 a s. auch Dose, Johannes, Georg Ferdinand Duckwitz, hrsg. von der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Kopenhagen, 1985
- 1 b und in deutscher Sprache
Dose, Johannes, Georg Ferdinand Duckwitz in Dänemark 1943 -1945, hrsg. vom Auswärtigen Amt, Bonn 1987
- 1c sowie Nachlaß Duckwitz, I 29, 30 und 36, im Auswärtigen Amt in Bonn
- 2 Anm. Ib, S. 5.
- 3 Anm. Ib, S. 3.
- 4 Anm. 1b, S. 9f
- 5 Anm. 1b, S. 11
- 6 s. Yad Vashem, Gedenkstätte für Holocaust und Heldentum, Führer durch die Gedenkstätte, Deut. Ausgabe, 2. Aufl., 1986, S. 31
- 7 Hachscharah = Ertüchtigung - unter der Bezeichnung H. verstand man eine landwirtschaftliche bzw. handwerkliche Ausbildung zur Vorbereitung auf das Leben (im Kibbuz) in Palästina
- 8 Histadruth = Arbeiter-Gewerkschaftsbewegung bzw. -Organisation in Palästina bzw.

Israel

- 9 Chaluz(im) = Pionier(e)
- 10 Chawerim = Freunde, Mitglieder
- 11 Leshem, Peres, Straße zur Rettung - 1933 - 1939, Tel Aviv 1973, S. 92
- 12 Aljiah = Auswanderung (nach Palästina bzw. Israel)
- 13 Hrestrup, Jprgen, PassagetoPalestine-YoungJewsinDenmark 1932- 1945, Odense 1983, S. 218 f - H.s Arbeit ist das umfassendste Werk zu diesem Thema, das sich zum großen Teil auf Zeugenaussagen, Aufzeichnungen und Erinnerungen der Betroffenen stützt.
- 14 Schreiben vom 9. Juni 1992 des dänischen Ministers Torben Rechendorff an den Verfasser

Besonderen Dank sage ich Herrn Ulrich Tromm, Müllheim, der mir sein Vortragsmanuskript aus dem Jahre 1986 überließ und in dem gemeinsamen Anliegen half.

Die große Herausforderung Vom EG-Binnenmarkt zur Regio Slesvigiensis ²

von OLAF CORD DIELEWICZ

Die Vollendung des europäischen Binnenmarktes - ein Meilenstein, ja eine epochale Etappe auf dem mühevollen Weg zu den Vereinigten Staaten von Europa, der aber gerade bei den Angehörigen meiner Generation, die in den 50er Jahren durch euphorische und idealistische Vorstellungen von Europa geprägt wurde, nicht nur Jubel auslöst: Warum dauert das alles so lange? Warum ist Europa so undurchsichtig, so kompliziert, so bürokratisch, so zentralistisch, so undemokratisch geworden?

Wo ist das kraftvolle Europäische Parlament? Ein Parlament, das die politischen Leitentscheidungen trifft und die Bürokratie kontrolliert? Warum hat Europa nicht seine reiche Geschichte der politischen Ideen und Institutionen, der garantierten Menschenrechte und der verfaßten Demokratie vom klassischen Griechenland über Großbritannien, die Französische Revolution bis hin zum Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland genutzt? Der Weg nach Europa durch die „Hintertür“ eines einheitlichen Wirtschaftsgebietes ist den Menschen in Europa nur schwer zu vermitteln: zu deregulieren, Handelshemmnisse und Wettbewerbsverzerrungen zu beseitigen, zog die Brüsseler Bürokratie aus. Ein anonymes Über-Regulations-Moloch wurde daraus.

Die Philosophie des EG-Binnenmarktes lautet, vereinfacht auf den Punkt gebracht: Der Austausch von Gütern, Dienstleistungen und Kapital wird keinen Beschränkungen mehr unterliegen. Arbeitskräfte und Unternehmer werden sich über die Binnengrenzen hinweg frei von administrativen Hemmnissen bewegen können. Doch über die Grenze nach Dänemark können wir immer noch nicht ohne Stopp fahren: Fahndungsbedürfnisse und skandinavische Paßunion stehen dem entgegen, sagt man uns.

Der aber im Übrigen schrankenlose Markt wird sicherlich für die Wirtschaft die größte Herausforderung dieses Jahrhunderts werden. Ein größerer Markt, das ist ein größeres Absatzgebiet, aber es ist auch mehr Wettbewerb, also mehr Konkurrenz. Angesichts des hohen Produktionskostenniveaus in Deutschland wird es besonders darauf ankommen, die Qualität der Produkte bei möglichst niedrigen Kosten zu optimieren.

Den überwiegend mittelständischen Unternehmen in unserer Region werden gute

² Der Beitrag des Flensburger Oberbürgermeisters Olaf Cord Dielewicz erschien zuerst im „Flensburger Tageblatt“ vom 3. Februar 1992.

Chancen eingeräumt, da ihnen Differenzierung der Produktpalette und flexible und rasche Anpassung an die neuen Marktstrukturen besonders zugetraut werden. Diese Anpassungsfähigkeit haben viele Flensburger Unternehmen bei der Öffnung des deutschen Binnenmarktes nach Osten in den letzten beiden Jahren bewiesen. Auch wenn der europäische Binnenmarkt sehr viel schwieriger wird, weil es anders als im Osten ernst zu nehmende Konkurrenten geben wird, sollte unsere Wirtschaft die Flensburger Aufbruchstimmung auch für Europa nutzen, denn die Marktfeme unseres Raumes wird eher zu- als abnehmen. In der Tendenz wird der Binnenmarkt die großen Städte und Verdichtungsräume stärken, weil die „Marktfunktion“, die dort angesiedelt ist, bedeutsamer wird.

Im europäischen Binnenmarkt wird die schnelle Erreichbarkeit der großen wirtschaftlichen Entwicklungsachsen im Westen und Süden Europas entscheidend für das Überleben sein. Die Elektrifizierung der Bahnstrecke Hamburg - Flensburg - Fredericia - Kopenhagen/Frederikshavn in Verbindung mit dem vorhandenen Autobahnnetz sichert unsere gute Erreichbarkeit nach Norden. Der baldige Bau der Ostseeautobahn A 20 und des Schienennetzes nach Ostdeutschland und Osteuropa ist für unsere Region ebenso überlebenswichtig wie die unverzügliche Beseitigung der „Garotte“ Hamburg an der Halsschlagader der Entwicklung Schleswig-Holsteins: Gerade der Landesteil Schleswig braucht die vierte Elbtunnelröhre sofort und die Unterelbquerung sofort danach.

Dabei ist aus der Sicht des Landesteils Schleswig einer Unterelbquerung im Raum Brunsbüttel unbedingt der Vorzug zu geben: Sie muß sowohl Schiene als auch Straße aufnehmen und großräumig an Hamburg und Bremen vorbei mit den weiterführenden Verkehrsnetzen nach Süden bzw. Westen verknüpft werden. Nicht von ungefähr steht diese Forderung bereits in der Schienenverkehrsresolution der Stadt Flensburg von 1988!

Flensburg könnte so eine neue Verkehrszentralität erhalten, der Flensburger Hafen zu neuer Bedeutung entwickelt werden, indem er in die Nische der Kapazitätsengpässe der Häfen Kiel und Lübeck springt und Güterströme über die Ostsee anzieht und auf der Schiene nach Südwesten weiterverteilt. Diese durchaus realistische Vision kann sich auf die Geschichte unserer Stadt berufen: Die Blüteperioden Flensburgs waren immer auch eine Auswirkung verkehrsgeographischer Zentralität.

Die Rolle als Brücke nach Skandinavien reicht jedenfalls in der Zukunft nicht aus, da es schon jetzt durch die Entwicklungen in Osteuropa viele Brücken nach Skandinavien gibt. Im Übrigen wird die Wirtschaftskraft Skandinaviens oft maßlos überschätzt: Ganz Skandinavien hat mal ebenso viele Einwohner wie Nordrhein-Westfalen.

Aber Skandinavien als Teil des ganzen Ostseeraumes, der mit 45 Millionen Einwohnern ein zusammenhängender europäischer Wirtschaftsschwerpunkt mit star-

ker gegenseitiger kultureller Befruchtung werden könnte, würde auch für unsere Region neue Chancen eröffnen: Sie wäre dann nicht nur die Nahtstelle zum westlichen Dänemark und südwestlichen Norwegen, sondern auch zwischen der europäischen Großregion „Mare Balticum“ und der westeuropäischen Entwicklungsachse.

Eine europäische Region ist eine Erfindung der EG-Bürokraten aus Sorge, der Mensch könne sich in dem riesigen europäischen Markt verloren Vorkommen, und aus der richtigen Erkenntnis, daß die Psyche des Menschen Überschaubarkeit, Vertrautes, Heimat braucht. Niemand weiß genau, was eine europäische Region ist, aber es gibt schon viele davon.

Die deregulierende Eigengesetzlichkeit des europäischen Binnenmarktes stellt in ihrer alles beherrschenden Ordnungskraft die vorhandenen Staats- und Verwaltungsstrukturen der europäischen Mitgliedsstaaten grundsätzlich in Frage. Insbesondere hat die Europäische Kommission weder unsere Bundesländer auf der Rechnung noch kann sie mit kommunaler Selbstverwaltung etwas anfangen, ja, es muß befürchtet werden, daß für das bewährte deutsche Verfassungsinstitut der kommunalen Selbstverwaltung in einer europäischen Verfassung kein Raum mehr sein wird.

Ein gnadenloser Wettbewerb der Regionen wird vorhergesagt. Sind wir eine Region? Leider nein! Hoffentlich nur: noch nicht. Gegenüber anderen europäischen Regionen, insbesondere auch europäische Grenzregionen, zum Beispiel Regio Basiliensis, Euregio (Niederlande/Niedersachsen/Nordrhein-Westfalen), Ems-Dollart-Region, ist die „Regio Slesvigiensis“, wie Dr. Karl Ahrens, der Präsident der Arbeitsgemeinschaft Europäischer Grenzregionen, unseren Raum bei der Veranstaltung in Leck am 26. Februar 1992 nannte, in einem hoffnungslosen Rückstand. Vor allem aus zwei Gründen: Die traditionelle Abneigung der dänischen Seite gegenüber jeglicher Institutionalisierung hat in den letzten zehn Jahren auch fast jede Weiterentwicklung von wenigstens punktueller Gemeinsamkeit oder der angeblich so erfolgreichen „pragmatischen Zusammenarbeit über die Grenze“ verhindert. Der Versuch, beim Deutsch-Dänischen Forum im Februar 1991 in Flensburg die Ems-Dollart-Region als beispielgebendes Modell vorzustellen, stieß damals auf dänischer Seite auf höfliches Schweigen und auf deutscher Seite auf mäßig interessierte Zurückhaltung.

Immerhin ist die kommunale Struktur in Sonderjyllands Amt mit einem leistungsfähigen Großkreis und nur 23 Einheitsgemeinden wesentlich besser gerüstet für Europa als im Planungsraum V, wo es neben den drei Kreisgebietskörperschaften (kreisfreie Stadt Flensburg, Kreis Schleswig-Flensburg, Kreis Nordfriesland) über 300 Ämter, Städte und Gemeinden gibt! Diese Struktur - das läßt sich mit Sicherheit sagen - ist im europäischen Binnenmarkt nicht leistungsfähig, sie genügt nicht den Anforderungen der Wirtschaft und kann auf Dauer nicht überleben! Nun ließe

sich „regionale Kleinstaaterei“ durch Kooperation überwinden. Aber leider sind auch hier eher Rück- als Fortschritte zu verzeichnen: Zwar arbeiten Stadt Flensburg und Kreis Schleswig-Flensburg im gerade auch für eine europäische Region wichtigen Technologiezentrum zusammen. Nach dem Motto „small is beautiful“ scheiterten jedoch große Lösungen bei der Sparkassenfrage, der Wirtschaftsförderung oder gemeinsamen Erfüllung von Verwaltungsaufgaben (Auflösung des gemeinsamen Kreisveterinäramtes, keine gemeinsame Zulassungsstelle in Flensburg). Auch die Kooperation Flensburgs mit dem unmittelbaren Umland kommt nicht recht voran: Einigen Gemeinden scheint sie sich in einheitlichen Abwassergebühren zu erschöpfen, andere wollen ihren lokalen Egoismus weiter kultivieren, ohne an finanziellen Ausgleich für unterschiedliche Lasten und Aufgabenverteilung zu denken. Die Stadt Flensburg selbst „denkt gar nicht daran“, eigene Aufgaben, Befugnisse und Kompetenzen zusammen mit den Umlandgemeinden in einen übergreifenden Organisationsverbund einzubringen - das sei undemokratisch, so hieß es schroff. Statt den Leitsatz zu beherzigen „Global denken und regional handeln“ gilt oftmals die Devise: „Lokal handeln und regional schimpfen...“

Noch ist es nicht zu spät für die europäische Region Schleswig/Sønderjylland. Die bilateralen Kooperationen, etwa zwischen Sønderjyllands Erhvervsråd und der Industrie- und Handelskammer zu Flensburg, den Gewerkschaften nördlich und südlich der Grenze, die gegenseitige Öffnung der Ausbildungsstellenmärkte, die endlich und viel zu zögernd einsetzende Öffnung der Arbeitsmärkte, die grenzüberschreitende Zusammenarbeit im Rahmen des INTEREG-Programmes („Geld von oben“ ist eben immer noch der beste Katalysator für Gemeinsamkeit) - all diese Ansätze müssen miteinander vernetzt, weiterentwickelt und zu einem Konzept zusammengefügt werden.

Eine weitere Verstärkung von Unternehmenskooperationen, des Technologietransfers, der Ausbildungs- und Fortbildungskapazitäten, die Ansiedlung von Forschungseinrichtungen muß hinzukommen. Das ITAI in Niebüll/Tondern, die Partnerschaft des Flensburger Technologiezentrums für eine entsprechende Einrichtung in Sonderburg, der grenzüberschreitende Modellstudiengang „Betriebliche Ausbildung und Management“ von Sonderburgs Wirtschaftsuniversität und der Bildungswissenschaftlichen Hochschule Flensburg - das können die zukunftsweisenden Ecksteine im europäischen Entwicklungskonzept für unsere Region werden.

Zur Regio Slesvigiensis ist es noch ein weiter Weg. Er wird nur erfolgreich durchschritten werden können, wenn wir mindestens folgendes leisten: eine gemeinsame Identität und dabei ein spezifisch europäisch ausgerichtetes Profil entwickeln sowie uns auch formell als europäische Region konstituieren. Dies sind jedenfalls die Minimal-Voraussetzungen für ein einheitliches Handeln und Auftreten als europäische Region, für Regionalmarketing und Bestehen im Wettbewerb der Regio-

nen.

Warum tun wir uns nur so schwer zusammenzufinden? Dabei haben wir wie keine andere europäische Grenzregion eine reiche gemeinsame geschichtliche Tradition, mit der sich jeder vorbehaltlos identifizieren könnte: Jene 400 Jahre, die das Herzogtum Schleswig zum dänischen Staatenverband gehörte, waren die glücklichste Epoche nicht nur in der Geschichte der Stadt Flensburg, sondern der ganzen Region. Unser gemeinsames staatliches Gebilde war kein Nationalstaat, es gab keine nationalen Gegensätze, Dänen und Deutsche lebten friedlich miteinander, Handel und Wirtschaft blühten, solange der dänische König sich nicht in Kriege begab. Unsere Städte, unser Land legen heute noch Zeugnis ab von der reichen kulturellen Entwicklung dieser Epoche.

Demgegenüber haben die Niederländer und Deutschen in der Euregio viel weniger Gemeinsamkeiten, die Holländer viel mehr Anlaß zu Vorbehalten den Deutschen gegenüber als die Dänen - und trotzdem funktioniert die Euregio seit mehr als 20 Jahren hervorragend.

Wer hat wovor, warum Angst in unserem Grenzraum? Warum bekennen wir uns nicht zu unserer großen gemeinsamen Geschichte? Die Region Herzogtum Schleswig im nordeuropäischen Gesamtstaat als Vorbild für die Regio Slesvigiensis in Gesamteuropa.

Nationalsozialismus in Nordfriesland

Fachkonferenz am 30. Januar 1993

Die Nationalsozialisten fanden am Ende der Weimarer Zeit massenhafte Zustimmung auch und besonders in Nordfriesland. Nationalsozialistisches Gedanken„gut“ findet heute immer noch und wieder einmal Anhänger. Der 60. Jahrestag der „Machtergreifung“ bot dem Nordfriisk Instituut und dem Institut für schleswig-holsteinische Zeit- und Regionalgeschichte den Anlaß, zu einer Fachkonferenz nach Bredstedt einzuladen.

Mehr als 150 Menschen konnte Hark Martinen, Vorsitzender des Vereins Nordfriesisches Institut, am 30. Januar im Bredstedter Bürgerhaus zur Fachkonferenz „Nationalsozialismus in Nordfriesland“ begrüßen. Das antidemokratische Politikverständnis der Nationalsozialisten sei aus dem von ihnen geprägten Wort „Machtergreifung“ beispielhaft abzulesen, so Ministerialrat Dr. Rolf-Peter Carl in seinem Grußwort namens der Ministerin für Bildung, Wissenschaft, Kultur und Sport. In der Demokratie gehe es nicht um das Ergreifen und bedingungslose Festhalten von Macht, sondern um die Übernahme von Regierungsverantwortung. Vor diesem Hintergrund sei die Erforschung des Nationalsozialismus und seiner Grundlagen ein wichtiges Anliegen der demokratischen Gesellschaft.

Die beiden ersten Vorträge, so Dr. Thomas Steensen, Direktor des Nordfriisk Instituut, in seiner Einführung behandelten die Aufstiegsphase des Nationalsozialismus am Ende der Weimarer Republik. Mit der Fertigstellung der beiden vom Inhaber des Kieler Lehrstuhls für Landesgeschichte, Prof. Dr. Erich Hoffmann, betreuten Dissertationen sei diese Zeit für Nordfriesland nunmehr flächendeckend erforscht.

Die stattlichen 47,5% der Wählerschaft, die sich bei der Reichstagswahl von 1919 im Kreis Tondern für die liberale und republiktragende Deutsche Demokratische Partei (DDP) entschieden, gingen nach der Ziehung der neuen Grenze und der Bildung des Kreises Südtondern bei der Wahl von 1921 auf 7,3% zurück. Der gebürtige Föhringer Dr. Wilhelm Koops zog daraus in seinem Vortrag „Das Aufkommen der NSDAP im Kreis Südtondern – Phasen und Ursachen“ den Schluß, daß die Entscheidung von 1919 nicht von einem fundierten liberalen Demokratieverständnis getragen gewesen sei, denn gleichzeitig erlangten rechte, nationale Parteien, allen voran die Deutsch-Nationale Volkspartei (DNVP) und die Deutsche Volkspartei (DVP), mehr als 60% der Stimmen. Die von den staatstragenden Kräften des Kaiserreichs enttäuschte Wählerschaft habe sich, so Koops, der Mitte zugewandt, um ein weiteres Erstarken der Linken, insbesondere

der SPD abzufedern. Die von der DDP mitgetragene Unterzeichnung des Versailler Vertrages und die Abtretung des nördlichen Kreisgebiets an Dänemark habe dann aber eine entscheidende Stärkung deutsch-nationaler Emotionen hervorgerufen. Die Mehrheit der Bevölkerung habe sich zudem, verleitet durch die vor 1914 betriebene protektionistische Agrarpolitik, der Erkenntnis verschlossen, in einer Industriegesellschaft zu leben, es sei insbesondere ein bäuerliches Selbstwertgefühl gepflegt worden, das den gesellschaftlichen Realitäten nicht mehr entsprach.

Die schwierige wirtschaftliche Lage am Ende der zwanziger Jahre habe eine weitere Radikalisierung der politischen Einstellung in der Landbevölkerung hervorgerufen, die zunächst in der Landvolkbewegung ihren Ausdruck fand, 1930 dann aber in einen Siegeszug der NSDAP einmündete. Die als Ursache für den Erfolg der NSDAP häufig angeführte hohe Arbeitslosigkeit müsse dabei differenziert betrachtet werden, so Koops. In Südtondern sei die Arbeitslosenquote gerade auch in den Zeiten der überdurchschnittlichen Prozentgewinne der Nationalsozialisten niedriger gewesen als im Reichsdurchschnitt.

Die „Botschaft“ der NSDAP fiel bei der Mehrheit der Südtörderaner Bevölkerung offenbar auf einen bereiten Boden. Dr. Koops beschloß seinen Vortrag mit dem Text eines Grußtelegramms, das der Kreisbauernbund Anfang März 1933 mit Zustimmung von 200 Versammlungsteilnehmern an Reichspräsident von Hindenburg schickte: „Der Kreisbauernbund Südtondern steht mit heißer Liebe zur Reichsregierung Hitler. Er bittet, gegen Mordbrenner und Vaterlandsverräter sofort mit Todesstrafe vorzugehen.“

Dr. Christian Martin Sörensen aus Mildstedt berichtete in seinem Referat „Das Aufkommen der NSDAP in den Kreisen Husum und Eiderstedt – Phasen und Ursachen“, daß auch in diesen beiden Kreisen die Mehrheit 1919 republiktragend wählte, wobei jeweils die DDP den stärksten Zulauf hatte. Zu diesem Zeitpunkt sei ein demokratisches Potential in der Bevölkerung vorhanden gewesen, so Sörensen. Dieses Potential sei aber von den Politikern nicht angesprochen worden, so daß die Wählerschaft in Krisenzeiten auf reaktionäre Denkmuster zurückgegriffen habe.

Zahlreiche Bewegungen und Organisationen machten in den zwanziger Jahren den Versuch, den Menschen in einer Zeit des tiefgreifenden Wandels neue Wertorientierungen zu vermitteln. Der in Nordfriesland seinerzeit sehr erfolgreiche Jungdeutsche Orden z. B. hatte sich zum Ziel gesetzt, die angeblich klassenübergreifende Gemeinschaft des Schützengrabens, die viele im Ersten Weltkrieg erlebten, auf die Gesellschaft zu übertragen.

Viele solche Bemühungen mündeten in den Erfolg der NSDAP, die sich, so Sörensen, zunächst als zentral gesteuerte politische Sekte in kleinsten Gruppen im Lande etabliert und geschickt Propaganda gemacht habe. NSDAP-Gauleiter

Hinrich Lohse habe dank seiner Kenntnis des Landes und nicht zuletzt der plattdeutschen Sprache guten Zugang zu den Menschen gefunden. Für den Husumer Bereich spielte der radikale politische Schriftsteller Ernst Graf zu Reventlow als Redner und Wahlkämpfer für die NSDAP eine wichtige Rolle. Einer von einer ganzen Reihe in der NS-Bewegung aktiver evangelischer Pastoren war Johann Peperkorn aus Viöl. Die wirtschaftlichen Probleme am Ende der Weimarer Republik seien es schließlich gewesen, die der NSDAP zum Durchbruch verholfen hätten, so Sörensen, sie habe auch das politische Erbe der Landvolkbewegung antreten können.

Dr. Harald Voigt aus Westerland, der 1977 mit seinem Buch „Der Sylter Weg ins Dritte Reich“ die landesweit erste Regionalstudie zum Thema Nationalsozialismus vorgelegt hatte, schilderte in seinem Vortrag „Die Festung Sylt“ (so auch der Titel seines kürzlich erschienenen Buches) die Auswirkungen der militärischen Aufrüstung auf die Insel. Sylt war bereits seit dem Kaiserreich eine besonders wichtige Position der deutschen Küstenverteidigung, so Voigt, der Hindenburgdamm etwa sei hauptsächlich aus militärischen Gründen gebaut worden. Die militärische Bebauung, die in der Zeit des Nationalsozialismus mit großem Aufwand vorangetrieben wurde, habe der Insellandschaft einen hohen Preis abverlangt und die Bevölkerung zeitweise in eine weitgehende Abhängigkeit von den militärischen Einrichtungen gebracht.

Grundlage des Vortrages von Dr. Elke Imberger, wissenschaftliche Mitarbeiterin beim Landesarchiv Schleswig, zum Thema „Jehovas Zeugen in Nordfriesland 1933-1945“ war ihre von Prof. Dr. Peter Wulf betreute Dissertation „Widerstand und Dissens aus den Reihen der Arbeiterbewegung und der Zeugen Jehovas in Lübeck und Schleswig-Holstein 1933-45“. Im Jahre 1933 habe es sogenannte Bibelforschergemeinden in Husum, Friedrichstadt und Tönning gegeben, die insgesamt etwa 60 Personen umfaßten, so Frau Imberger. Nach der nationalsozialistischen Machtübernahme wurde die Sekte verboten. Auf Initiative ihrer Auslandszentrale hätten die Zeugen Jehovas nach anfänglicher Zurückhaltung 1934 ihre Aktivitäten wieder aufgenommen. Sie hätten eine Untergrundorganisation aufgebaut, Bibelstunden abgehalten und illegal ihre Schriften verbreitet. Die Gestapo habe 1937 die Organisation zerschlagen, die Zeugen Jehovas wurden vor das NS-Sondergericht gestellt. Die führenden Bibelforscher aus dem Bereich des heutigen Kreises Nordfriesland seien, so die Referentin, zu hohen Gefängnisstrafen verurteilt, ein Husumer und ein Friedrichstädter in Heilanstalten eingeliefert worden.

Dr. Jörn-Peter Leppien, Oberstudienrat an der Flensburger Auguste-Viktoria-Schule, berichtete in einem Kurzbeitrag von den Erfahrungen bei der Erstellung der Dokumentation und Ausstellung zur Geschichte des KZ Ladelund, an der er maßgeblich beteiligt war. Besonders wichtig sei das kritische Herangehen an

Quellen und vor allem an Zeitzeugenaussagen, das menschliche Erinnern sei in erstaunlichem Maße unzuverlässig. Hervorzuheben sei im übrigen das Engagement der Kirchengemeinde Ladelund, von der die Gedenkstätte und ihr Anliegen getragen werde.

In den nordfriesischen Chroniken finde sich vielfach nichts, höchstens wenig zum Thema Nationalsozialismus, so Fiete Pingel, Chronistenberater vom Nordfriisk Instituut. Von wenigen Ausnahmen abgesehen, nähmen die Chronikschreiber Zuflucht zu verharmlosenden Formulierungen oder zu unkommentiert wiedergegebenen Quellenzitaten, die eine wirkliche Auseinandersetzung vermissen ließen. Das Institut sei im Rahmen seiner Möglichkeiten bemüht, die Bearbeitung des NS-Themas in die Gemeinden Nordfrieslands zu tragen. Monika Hecker, Mit-Autorin der kürzlich erschienenen „Chronik von Bordelum 1867-1945“, hob die Bedeutung der Entnazifizierungs-Akten für den Umgang mit der NS- Zeit hervor. Die Annahme liege nahe, daß damals die Grundlage für den Inhalt der kollektiven dörflichen Erinnerung geschaffen worden sei, der die Forschung heute begegnet. Dem Bordelumer Ortsgruppenleiter sei z.B. bemerkenswerterweise bescheinigt worden, daß er als Führer eines durch und durch nationalsozialistischen Gemeinwesens gar keine Gelegenheit gehabt habe, sich als fanatischer Nazi zu produzieren und ihm daher keinerlei Verbrechen zur Last gelegt werden könnten. Obwohl diese Aussage nicht der Wahrheit entsprach, sei der Betreffende von der Spruchkammer freigesprochen worden.

Das in der NS-Forschung zu beobachtende Streben weg von regional bezogenen, konkret faßbaren Ereignissen hin zu abstrakten Analysen des Gesamtgebietes faßte Frank Bajohr, wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Hamburger Forschungsstelle für die Geschichte des Nationalsozialismus, in seinem Vortrag „Weg von der Regionalgeschichte? – Neue Tendenzen in der NS Forschung“ kritisch ins Auge. Forschungen, die sich etwa mit der durch den Nationalsozialismus bewirkten sozialen und technischen Modernisierung befassen, führten letztlich vom Thema weg. Der noch lange nicht hinreichend bearbeitete Forschungsgegenstand müsse in erster Linie die NS-geprägte deutsche Gesellschaft sein. Neuere Forschungen hätten z. B. gezeigt, daß der Sicherheitsdienst (SD) der SS es vermochte, mit (1937) rund 50 000 Mitarbeitern ein Volk von etwa 66 Millionen Menschen zu kontrollieren, auch die Gestapo war weitgehend von Denunziantentum abhängig. Die DDR-Staatssicherheit brauchte für eine Bevölkerung von 17 Millionen Ende der sechziger Jahre 180 000 offizielle und vor allem inoffizielle Mitarbeiter. Diese Zahlen, so Bajohr, ließen Schlüsse auf die jeweilige Verankerung der Regime in der Bevölkerung zu. Die verstärkte Erforschung der DDR-Wirklichkeit dürfe im übrigen nicht zu einer Verdrängung der NS-Forschung führen.

Prof. Dr. Peter Wulf, geschäftsführender Direktor des Instituts für schleswig-

holsteinische Zeit- und Regionalgeschichte in Schleswig, faßte in seinem abschließenden Vortrag „Was bleibt zu tun?“ den Forschungsstand zum Thema Nationalsozialismus in Nordfriesland und in Schleswig-Holstein zusammen. Erforscht sei vor allem der Aufstieg der NSDAP vor 1933, erforscht seien teilweise auch verschiedene Formen des Widerstandes und Aspekte der Verfolgung wie etwa einige Konzentrationslager. Es fehlten vor allem Arbeiten zur eigentlichen NS-Herrschaft und die Stellung der deutschen Gesellschaft, der stummen Öffentlichkeit, zu ihr. Der Umgang mit der „jüngsten Vergangenheit“ nach 1945 sei eine weitere Forschungslücke, hier gelte es, das kollektive Schweigen zu durchbrechen.

Die Bredstedter Fachkonferenz sei, so Wulf, die einzige wissenschaftliche Veranstaltung in Schleswig-Holstein zu diesem Anlaß. Bemerkenswert sei der hier repräsentierte Forschungsansatz auf lokaler und regionaler Ebene. Erfreulich sei das große Interesse und die rege Diskussion.

Der Tagungsbericht erscheint gleichzeitig in der Zeitschrift „Nordfriesland“, Nr. 101, März 1993

Fiete Pingel

Gedenkstätte für 219 Kinder

„Mit dieser Gedenkstätte wollen wir an Geschehenes erinnern, wollen aus der Vergangenheit heraus für die Zukunft mahnen, wollen, daß sich das, was während des Dritten Reiches vor 50 Jahren in Schleswig geschah, nicht wiederholt, wollen für die Andersartigkeit psychisch kranker und behinderter Menschen sensibilisieren“ – so die ärztliche Direktorin der Fachklinik für Kinder- und Jugendpsychiatrie auf dem Hesterberg, Dr. Dörte Stolle.

Sie, seit 1972 in der Fachklinik mit rund 300 Patienten tätig, ist, wie sie in einem Gespräch mit den SN sagt, froh, daß sich nun ihr und der Wunsch der Klinik-Mitarbeiter erfüllt: Die Errichtung eines Mahnmales im Zentrum des Hesterberges. Es war, wie sie ausführt, der Hamburger Historiker und Jurist Klaus Bästlein, der ihren Kollegen und der Bevölkerung Schleswigs vor wenigen Jahren das schlimme Ausmaß der NS-Mordaktion an Behinderten und Kranken in Schleswig-Holstein vor Augen führte und mit der Vergangenheit konfrontierte.

Zu den Greuelthaten des NS-Regimes, so der Historiker, hatte in Schleswig gehört, daß 219 psychisch kranke Kinder starben – durch „gezielte Vernachlässigung“. Dies, so Dr. Dörte Stolle, geschah im Bereich der heutigen Fachklinik Stadtfeld, denn: Die „Kinderfachabteilung“ war dorthin ausgelagert worden, weil der Hesterberg als Strafgefangenenlager benötigt wurde. Nachdem die Mitarbeiter der Klinik, so Dr. Stolle, beschlossen hatten, daß ein Mahnmal die Erinnerung wachhalten müsse, sei das Sozialministerium über dieses Vorhaben informiert

worden. Die Idee stieß auf Wohlwollen, doch es fehlte an Geld – der Entwurf für ein Mahnmal, das nun in Abstimmung mit dem Landesbauamt aufgestellt und im späten Frühjahr eingeweiht werden soll – lag bereits vor.

Die ärztliche Direktorin setzte sich, wie sie sagt, mit Dr. Uwe Danker vom Beirat für „Geschichte der Arbeiterbewegung und Demokratie in Schleswig-Holstein“ in Verbindung. Dieser sagte zu, die für das Mahnmal erforderlichen 20 000 DM zusammenzubringen. Er hielt sein Versprechen.

Die Staatliche Lotterie des Landes (Nordwest Lotto) stellte 10 000 DM zur Verfügung, der Sparkassen- und Giroverband für Schleswig-Holstein weitere 4 000 DM. Zusammen mit dem SSW-Landtagsabgeordneten Karl Otto Meyer rief Dr. Danker die Abgeordneten des Schleswig-Holsteinischen Landtages zu einer Spendenaktion auf – mit Erfolg: Die noch fehlenden 6 000 DM kamen zusammen. Der 44jährige Bildhauer Uli Lindow aus Schobüll, auf dem Hesterberg bereits mit „Kunst am Bau“ vertreten, hat sich bereits an die Arbeit gemacht. Er, der die KZ-Gedenkstätte in Schwesing bei Husum gestaltete, will, wie er auf SN-Nachfrage sagte, aus schwarzem Säulenbasaltstein (aus dem Westerwald) eine Klangsäule schaffen. Ein in die Säule eingehängtes Glockenspiel mit „Cis“ als Grund- und „Ton der Erde“ soll, so seine Worte, „die verborgenen und eingemauerten Kinderseelen zum Klingen bringen“.

Schleswiger Nachrichten, 22.01.1993

Was Dänen über Deutsche denken

Kopenhagen: Die meisten Dänen, die sich über Deutschland Gedanken machen, packt zunächst (wenn nicht gar blankes Entsetzen) eine gehörige Portion Skepsis. Drei Viertel der Dänen befürchten, wie eine Meinungsumfrage des Sonar-Instituts für die Zeitung Jyllands-Posten ergab, daß die Bundesrepublik im zukünftigen Europa eine (zu) dominierende Stellung einnehmen werde. Über die Hälfte der Befragten hält es für erwiesen, daß die Deutschen in höherem Maße als andere Völker dazu neigen, sich einem „starken Mann“ anzuschließen, und immerhin einem Drittel erscheint es möglich, daß Nazis in Deutschland wieder die Macht ergreifen könnten.

Da stellt man sich – und den Dänen – natürlich auch die Frage, ob sie sich in Sachen Deutschland überhaupt gut genug auskennen, um derlei Ansichten zu vertreten. Gut oder sehr gut informiert fühlen sich immerhin 43 Prozent der Befragten, doch wie die Meinungsforscher ermittelten, wächst die Skepsis und Abneigung gegenüber den Deutschen – auch mit dem (selbst erkannten) Unwissen der Befragten.

Der promovierte Deutschland-Experte Prof. Per Øhrgaard betrachtet die Furcht

der Dänen vor dem großen deutschen Nachbarn nicht als gänzlich unbegründet, doch fällt es ihm schwer, in dieser Abneigung eine Logik zu erkennen.

Die rechtsradikalen Ausschreitungen der vergangenen Monate hätten, wie er betont, auch ihn erschüttert, doch sehe er die Substanz des politischen Systems in keiner Weise von solchen Umtrieben beeinflusst. In der Öffentlichkeit werde auch zuwenig darüber nachgedacht, daß Deutschland für Dänemark ein wichtiger Verbündeter sei. „Seit dem Kriege machen wir uns vor, daß uns mit Großbritannien viel verbindet, aber wirtschaftlich und politisch haben wir von der deutschen Nachbarschaft mehr profitiert“, gibt Wissenschaftler Øhrgaard zu bedenken.

Der Historiker Karl Christian Lammers bestätigt diese Aussagen in seinem jüngsten Buch „Das neue Deutschland“. Sein Ausgangspunkt: Die Dänen hätten über das Deutschland von heute eigentlich wenig Ahnung. Über die Zeit seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges könnten sich die wenigsten auch nur ein halbwegs genaues Bild machen. Dagegen versucht nun Lammers auf 392 mit präzisen Informationen gefüllten Seiten etwas zu tun.

Sein Wunsch ist es, nicht nur zu erzählen und zu erklären, er möchte dem dänischen Leser zu einem neuen Verständnis der Deutschen helfen und geht dabei von der festen Überzeugung aus, die Bundesrepublik sei einfach „das beste Deutschland, das es je gegeben hat“. Die deutsche Frage, die Europa so lange beschäftigt habe, sieht Lammers mit der staatlichen Einheit gelöst – die Einheit Europas werde die neue Rolle Deutschlands als zuverlässigen Partner noch weiter stärken, lautet seine Kernthese.

Doch mit solchen Einsichten werden Fachleute wie die Akademiker Øhrgaard und Lammers noch einiges an Überzeugungsarbeit zu leisten haben, bis sich eine Mehrheit der Dänen ihnen anschließt: Alle Dänen haben einen Deutschland-Film im Kopf. Bei den Urgroßeltern ist es der Krieg von 1864 und der Kampf um das Grenzland. Die Großeltern erinnern sich an die Nazi-Besetzung von 1939-45. Die 68er Generation trauert Vorbildern wie dem Studentenführer Dutschke nach, und die ganz jungen sehen immer noch die Mauer fallen. Das sind starke Bilder.

*Leif Jonasson, Flensburger Tageblatt,
6.1.1993*

Kulturpreis für zwei Autoren

Zusammenarbeit an einem dänisch-deutschen Buch wird belohnt

Zwei nordschleswigsche Historiker haben einen besonderen Kulturpreis für ihre vorzügliche Zusammenarbeit als Verfasser eines dänisch-deutschen Bildbandes bekommen.

„Dansk eller tysk? Billeder af national selvforståelse i 1920“ („Deutsch oder

Dänisch?

Bilder zum nationalen Selbstverständnis aus dem Jahre 1920“) – ist der Titel des flotten Heftes, das im November (1992) herausgegeben wurde. Es enthält einerseits eine Anzahl von Bildern des Materials, das in der Zeit vor den Volksabstimmungen von 1920 verwendet wurde, als die Bevölkerung des Grenzlandes sich zwischen Dänisch und Deutsch entscheiden sollte, andererseits die Sicht der Verfasser hierzu.

Die Autoren sind die Museumsinspektorin Inge Adriansen, Museum im Schloß Sonderburg, und Lektor Immo Doege, Apenrade, der Geschichtslehrer an einem Flensburger Gymnasium ist.

Der Bildband wurde in einer Zusammenarbeit zwischen dem Institut for sønderjysk lokalhistorie und Historisk Samfund for Sønderjylland (Apenrade) und dem Institut für Regionale Forschung und Information im Deutschen Grenzverein (Flensburg) auf deutscher Seite herausgegeben.

Inge Adriansen und Immo Doege haben je 5.000 kr dafür aus dem Kulturfonds von Sønderjyllands Amt (Großkreis Nordschleswig) bekommen.

Der Vorsitzende des Unterrichts- und Kulturausschusses, Dycke Hoff, Apenrade, teilt mit, daß der Ausschuß auch den Sänger Tim Hansen, Norborg, auszeichnet, der vor anderthalb Jahren eine Platte mit nordschleswigschen Volksweisen herausbrachte. Der Fonds kauft für 4.500 kr Platten, die als Geschenke Verwendung finden sollen.

Weiterhin bekommt Sønderjyllands Kunstmuseum in Tønder einen Zuschuß von 6.000 kr. zum Ankauf einer Löwenplastik.

*Finn Bach, Jydske Vestkysten,
19.12.1992 (Übers. Grenzfriedenshefte)*